Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Geschäftsstelle Nr. 1133 a.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Zweiundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen; Reklamen die Zeile 75 Pf.

Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Nr. 47. **Halle a. S., Mittwoch, den 29. Januar** **1908.**

Die Brüsseler Zuckerkonvention.

Von Georg Gothein, M. d. R.

Bis zum 1. Februar 1908 muß das Zusatzabkommen zur Brüsseler Zuckerkonvention von den Vertragsstaaten ratifiziert sein. Es war also hohe Zeit, daß es dem Reichstage vorgelegt wurde. Die „Nationalliberale Korrespondenz" war bereits sehr ungehalten, daß man dem Reichstage zumuten wolle, ein derartiges für die Entwicklung des landwirtschaftlichen Nebenbetriebes so bedeutsames Gesetz in allerletzter Stunde durchzupeitschen. Sie rechnet nicht auf eine glatte Annahme des Brüsseler Vertrages durch den Reichstag, sondern will die Zustimmung zu der gegen das frühere Abkommen wesentlich verschlechterten Konvention von der gleichzeitigen Ermäßigung der Zuckersteuer von 14 auf 10 Mk. abhängig machen. Da sie aber gleichzeitig die Notwendigkeit einsieht, für den Ausfall an Einnahmen, der damit verbunden sein würde, Deckung zu schaffen, so würde die ganze schwierige Frage der Finanzreform mit der Zuckerkonvention verquickt werden. Es ist natürlich vollständig ausgeschlossen, daß das noch in diesem Monat geschieht. Der Reichstag wird sich also entscheiden müssen, ob er den Zusatzantrag und damit die Konvention annimmt oder ablehnt, auch ohne gleichzeitige Herabsetzung der Zuckersteuer.

Durch den Zusatzantrag wird England von der Verpflichtung entbunden, auf Prämienzucker Zuschlagzölle zu legen; Rußland dagegen, das bisher außerhalb der Konvention stand, tritt in sie ein, ohne seine Zuckersteuergesetzgebung und seine Zuckerzölle zu ändern. Dafür ist seine Zuckerausfuhr, abgesehen von der nach Finnland und nach den auf dem Landweg und über das Kaspische Meer zu erreichenden asiatischen Ländern (exkl. Kleinasien) für die ganze Geltungsdauer der Konvention, d. h. bis zum 1. September 1913, auf insgesamt eine Million Tonnen kontingentiert, und das Höchstquantum soll 200 000 Tonnen im Jahr nicht überschreiten, im ersten am 31. August 1909 abgelaufenen Jahre aber zuzüglich der nach dem 31. August 1907 exportierten Mengen nicht höher als 300 000 Tonnen sein.

Liegt darin nun eine Schädigung der Zuckerkonventionsländer, insbesondere Deutschlands? Wenn wir berücksichtigen, daß wir eine Ausfuhr von rund 1,2 Millionen Tonnen, Oesterreich-Ungarn von ca. 800 000, Kuba von 1,2 Millionen, Java von 1 Million Tonnen im Jahre haben, so verschwindet dem gegenüber das kleine russische Quantum Exportzucker. Es kommt hinzu, daß bisher die Gesamtausfuhr Rußlands einschließlich Finnland und Nordpersien auch nur 200 000 Tonnen betrug, wovon ungefähr die Hälfte nach den beiden letztgenannten Ländern ging, der Rest aber nach den Balkanländern, Kleinasien und Norwegen abgesetzt wurde; und wenn wir weiter in Betracht ziehen, daß die russische Zuckerindustrie mit wesentlich höheren Selbstkosten als die deutsche arbeitet und eine Exportprämie nur in dem höheren Preis besitzt, den sie auf Grund der sogenannten Normirowka im Inlande erzielt, so ist es allermindestens sehr fraglich, ob Rußland dieses Exportquantum auch wirklich wird ausnutzen können. Von guten Kennern der russischen Zuckerindustrie wird angenommen, daß außer den bereits heute nach dem künftigen Konventionsgebiet gehenden Zuckermengen von 100 000 Tonnen kaum mehr als weitere 50 000 exportiert werden könnten. Selbst wenn man annimmt, daß in Zukunft 100 000 Tonnen russischen Zuckers nach England kommen würden, weil das der prompteste Zahler ist, so würden mindestens 50 000 Tonnen deutschen oder österreichischen Zuckers dafür nach Skandinavien oder der Balkanhalbinsel gehen. Und während der ganzen Konventionsdauer hat Rußland sich verpflichtet, seinen Export festzulegen und nicht zu steigern. Der Zuckermarkt ist also gegen Ueberraschungen von russischer Seite völlig gesichert; er faßte denn auch die Nachrichten, daß die Verhandlungen mit Rußland über den Beitritt zur Konvention nicht zum Ziele führen würden, als ein Baissemoment auf und wurde darüber verstimmt, während die späteren Nachrichten von der Einigung zur ausgesprochensten Befestigung des Marktes führten. Den russischen Exportzucker hat demnach die deutsche Zuckerindustrie nicht zu fürchten, ganz abgesehen davon, daß Deutschland noch durch ein Gegenseitigkeitsabkommen mit Rußland besondere Bedingungen festgesetzt hat, die eine Einfuhr russischen Zuckers über die deutsche Grenze verhindern.

Wenn aber die Konvention nicht zustande kommt, so tritt wieder der wilde Krieg aller gegen alle mit Exportprämien und Kartellen ein, d. h., ein Moment so großer Unsicherheit, daß der Markt deroutiert werden würde. Es wird sich demnach kaum ein Abgeordneter im Reichstage finden, der die Verantwortung auf sich nehmen würde, die Konvention scheitern zu lassen. Man mag noch so sehr wünschen, die Zuckersteuer herabgesetzt zu sehen, davon kann man die Zustimmung zur Konvention nicht abhängig machen. Hier liegt ein Muß vor, dem man sich nicht entziehen kann.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Der Kaiser besuchte gestern morgen den Staatssekretär des Auswärtigen Amts und den Reichskanzler und hörte im Königlichen Schloß den Vortrag des Chefs des Militärkabinetts.

— Der König von Sachsen wird sich am 10. Februar zum Besuche des Kaisers nach Berlin begeben.

— Der Großherzog und die Großherzogin von Hessen besuchten gestern früh in Berlin in Gesellschaft des Prinzen Heinrich die Ausstellung englischer Kunst in der Akademie der Künste am Pariserplatz. Später kam noch der Großherzog von Baden mit Gefolge. Auch die Großherzogin von Baden, der Regent und die Regentin von Braunschweig, die Fürsten von Waldeck und Schaumburg-Lippe besuchten gestern die Ausstellung.

— Zur Feier des Geburtstages des Kaisers fand am Montag bei dem Reichskanzler und der Fürstin von Bülow ein Diner zu etwa 100 Gedecken statt.

— Der Generalmajor a. D. Friedrich Salm, Ritter des Eisernen Kreuzes, ist am Sonnabend in Wiesbaden gestorben.

Ein neuer Strafantrag des Grafen Kuno Moltke.

Gegen den Herausgeber der Berliner Wochenschrift „Morgen", Dr. Landsberger, hat, dem „B. T." zufolge, Graf Kuno Moltke Strafantrag gestellt. Der Graf fühlt sich durch einen die Moltke-Affäre berührenden Artikel der Zeitschrift beleidigt.

Zur Reichsfinanzreform.

In jüngster Zeit hat die „Kreuzztg." sich mit dem Gedanken befreundet, das Erbrecht der Verwandten zugunsten des Reiches erheblich einzuschränken. Vermutlich wird man hierin eine erfolgreiche Wendung in der Reichsfinanzreformfrage zu erblicken haben.

*

Wie der „Tag" entgegen anderslautenden Meldungen erfährt, hat der Bundesrat bisher die Spiritusmonopolvorlage noch nicht verabschiedet. Es ist auch fraglich, ob dies in der nächsten Plenarsitzung bereits geschehen wird. Die Vorlage über eine Zigarrenbandarolensteuer ruht noch in den Ausschüssen des Bundesrates und begegnet dort anscheinend manchen Schwierigkeiten. Unter diesen Umständen läßt es sich noch nicht absehen, wann diese Steuervorlagen an den Reichstag gelangen werden.

Genosse Ulrich bei Hofe.

Nach der „Offenb. Ztg." hat der Großherzog von Hessen den Abg. Ulrich bei dem schon gemeldeten Gespräch über die Straßendemonstrationen schließlich unter einer abwehrenden Handbewegung stehen lassen, wobei er etwa sagte: „Nein, Herr Ulrich, wenn Sie so kommen, dann sind Sie nicht mein Mann. Dem Abg. Brauer, der sich gleichfalls energisch gegen die Demonstrationen aussprach, soll der Abg. Ulrich in Gegenwart des Großherzogs laut zugerufen haben: „Ach, das verstehen Sie ja nicht, Sie sind ja nur ein halbgebildeter Bauer!"!" Trifft diese Schilderung zu, dann hätte Genosse Ulrich den Ton höfischer Unterhaltungen entschieden durch eine neue Note — bereichert.

Der Vorstand der liberalen Frauenpartei

erläßt zur Wahlrechtsreform in Preußen folgende Kundgebung:

1. Die liberale Frauenpartei fordert das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Männer und Frauen zum Landtage, denn sie sieht in diesem Recht das sichere Fundament eines modernen Staates, der allein auf der verständnisvollen Hingebung aller seiner Bürger ruhen kann. 2. Die Partei erkennt, daß a) bei dem Widerstand der Regierung und der Konservativen, b) der gänzlichen Unzuverlässigkeit des Zentrums, c) der Zersplitterung der Liberalen der Sieg auf diesem Gebiete nur in jahrelanger, zäher Reformarbeit zu erreichen ist. 3. Die Partei wird daher a) an der Agitation für das allgemeine Wahlrecht sich energisch beteiligen, b) bei den Landtagswahlen nur die liberalen Kandidaten unterstützen, welche sich zu der prinzipiellen Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Männer und Frauen für Preußen bekennen und sich verpflichten, für Einführung der geheimen Wahl und für eine gerechte Verteilung der Wahlkreise im Landtage zu wirken.

Baden und die preußische Klassenlotterie!

Nach einer Karlsruher Meldung der „Frankf. Ztg." hat der badische Finanzminister Honsell die vom Budgetredner des Zentrums angeregte Beteiligung Badens an der preußischen Klassenlotterie abgelehnt, weniger, weil er ausführte, aus ethischen Erwägungen, als weil der finanzielle Erfolg zu gering sein würde. Auch in Hessen, auf dessen Beispiel der Zentrumsabgeordnete Zehnter empfehlend hingewiesen hatte, habe der Ertrag den Erwartungen nicht entsprochen.

Ein Aufstand in Deutsch-Neuguinea.

In Potsdamhafen (Deutsch-Neuguinea) sind unter den Eingeborenen Unruhen ausgebrochen. Die Behörden haben energische Maßnahmen getroffen.

Allgemeine Mitteilungen.

— Der diesjährige internationale Pressekongreß, der in Berlin stattfinden soll, wird nach der „Germania" erst in der zweiten Hälfte des Monats September stattfinden, da Fürst Bülow den Wunsch geäußert hat, diesen späteren Termin zu bestimmen, weil alsdann die Ferienreisen beendet sein würden und eine größere Teilnahme von seiten der Behörden zu erwarten sei.

— Abgeordneter Bebel, der erkrankt sein sollte, hat gestern schon wieder an einer Fraktionssitzung teilgenommen.

— An Stelle des gemaßregelten Bezirksdirektors des 4. Verwaltungsbezirks Dr. Vermehren ist Bezirksrat Dr. Weimar-Apolda ernannt worden.

Aus deutschen Parlamenten.

— Der oldenburgische Landtag ist gestern wieder zusammengetreten.

Bestattungswesen.

— Der Gemeinderat von Weimar hat in seiner letzten Sitzung einstimmig die Anlage eines Krematoriums beschlossen, das an der hinteren Seite der neuen Friedhofskapelle erbaut werden soll. Von dieser wird ein unterirdischer Gang nach dem Verbrennungsraum geführt werden, so daß während der Versenkung des Sarges auch der amtierende Geistliche anwesend bleiben kann.

Heer und Flotte.

— Kaiserliche Marine. „Condor" ist am 29. Dezember v. J. in Palau (West-Karolinen) eingetroffen, am 2. Januar von dort in See gegangen, am 8. Januar in Friedrich-Wilhelmhafen (Neu-Guinea) eingetroffen, am 14. Januar von dort in See gegangen, am 16. Januar in Herbertshöhe (Neu-Pommern) eingetroffen und geht von dort am 16. Februar nach Brisbane in See. „Fürst Bismarck", mit dem Chef des Kreuzergeschwaders, und „Niobe" sind am 28. Januar von Bangkok nach Singapore in See gegangen. „Luchs" ist am 28. Januar von Fangkok nach Saigon in See gegangen.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

19. Sitzung vom 28. Januar.

Präsident v. Kroecher teilt mit, daß der Kaiser die Glückwünsche des Hauses mit Dank entgegengenommen hat. Dann wird die

zweite Lesung des Etats

beim Justizetat fortgesetzt.

Abg. Peltasohn (frs. Vgg.) will zwecks Verminderung des Zudranges zum Rechtsstudium dieses Studium verlängert und die Prüfungen verschärft wissen.

Abg. Witzmann (nl.) fordert in Uebereinstimmung mit dem Vorredner eine Reform der ersten juristischen Prüfung.

Abg. Roeren (Ztr.) bekämpft die juristischen Repetitoren und fordert Beibehaltung der Klausurarbeiten.

Abg. Cassel (frs. Vp.) hält bei einer Verlängerung des Studiums eine Abkürzung der praktischen Vorbereitungszeit für unbedingt geboten.

Justizminister Beseler erklärt, ein abschließendes Urteil über die in der Debatte angeschnittenen Fragen sei noch nicht möglich, da täglich neue Wünsche auftauchten. Geplant sei eine

Ergänzung der Referendarprüfung.

Die Ausbildung der Referendare bei der Justiz sei viel schwieriger als bei der Verwaltung; während diese nur 200 Referendare auszubilden habe, zähle die Justiz deren 7000. Zur Weiterbildung der Referendare beständen bei vielen Gerichten schon heute stark in Anspruch genommene Einrichtungen. Was das Studium angehe, so unterstehe es nicht dem Einfluß des Justizministeriums, doch könne er mitteilen, daß die Rechtsfakultäten den Vorlesungsplan entsprechend der Neugestaltung der Referendarprüfung umgestalten würden.

Abg. Rewoldt (freikons.) fordert häufigeren Ausschluß der Oeffentlichkeit bei Prozessen, die die Sittlichkeit gefährden. Das Prinzip der Oeffentlichkeit dürfte nicht angetastet werden, aber neuerdings fließe aus den Gerichtssälen durch die Presse eine Flut sittengefährdender Mitteilungen ins Volk. Ueber dem Recht der Oeffentlichkeit steht das Recht der Sittlichkeit. Der Redner geht dann auf die

Entschuldungsvorlage

der Ostpreußischen Landschaft ein. Die juristischen Bedenken, die der Staatsminister dagegen habe, seien ihm völlig unverständlich. Die Justizreform müsse beschleunigt werden; vor allem müßten die Garantien für die juristische Qualität der ersten Instanz erhöht werden. Die Ueberbürdung der Zivilprozeßrichter müsse beseitigt, die Ausbildung der Referendare vertieft werden. All das sei möglich, ohne daß die bewährten Prinzipien der Zivilprozeßordnung angetastet zu werden brauchten.

Abg. Stroesser (konf.) hält die Reform der Strafjustiz für notwendig. Der Hardenprozeß habe die Mängel unseres gerichtlichen Verfahrens, insbesondere im Beleidigungsprozeß, deutlich erwiesen. Die Strafen für Ehrverletzungen müßten erheblich verschärft werden, dann würde auch die Zahl der Duelle sich mindern. (Sehr richtig! rechts.) Auch die Verletzung der Ehre eines Prozeßbeteiligten durch den gegnerischen Anwalt, die heute gang und gäbe sei, dürfe in Zukunft nicht straflos bleiben. Der heutige Zustand schädige das Ansehen der Rechtspflege selbst: Wer will noch Recht nehmen oder als Zeuge auftreten, wo der gegnerische Anwalt ihm die gröbsten Beschimpfungen entgegen schleudern darf? Der Ausschluß der Oeffentlichkeit ließe sich vielleicht am besten so handhaben, daß das Publikum zugelassen,

die Presse ausgeschlossen

wird. Die Zeitungen mit ihren Prozeßberichten seien eine Gefahr, namentlich für die Jugend. Weiter geht der Redner auf die Roheitsverbrechen, insbesondere auf die jüngsten Verbrechen an Frauen und Kindern in Berlin und anderen Großstädten, ein. Er bedauert, daß so viele Schandtaten unentdeckt geblieben seien. Unsere Kriminalpolizei stehe in dem Rufe, die schlechtest organisierte des ganzen Kontinents zu sein. Für solche Roheitsverbrecher, solche Teufel in Menschengestalt verlangt der Redner die

Prügelstrafe

(Bravo! rechts) und wendet sich dann gegen das Ueberhand-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080129012/fragment/page=0001

nehmen der Vereidigung von Zeugen in Sagatellsachen, das die Bedeutung des Eides bei der Bevölkerung herabsetzen müßte und viele Meineide im Gefolge hätte. Man solle auch in Zukunft die Verbrecher nicht als krankhaft veranlagte Menschen, sondern eben als Verbrecher behandeln. Es sei geradezu unverständlich, daß man in der

Allensteiner Mordsache

den schuldigen Offizier und die mörderische Gattin gleich wieder auf ihren Geisteszustand untersuche! Diese Methode, den unverkennbaren Verbrecher als geisteskrank anzusehen, sei eine wirkliche Gefahr, eine schwere Gefahr. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. Roeren (Ztr.): Die Forderung des Ausschlusses der Oeffentlichkeit in vielen Prozessen wird in den weitesten Kreisen geteilt. Gegen die Sensationspresse, die den in den Prozessen zutage tretenden Schmutz noch breittrete, müsse man Front machen. Wolle sie sich nicht ändern, so müsse man eben die Oeffentlichkeit viel mehr als bisher ausschließen. Der Redner wendet sich dann, wie alljährlich, gegen die Verbreitung unzüchtiger Bilder und Schriften. Nach § 184 St.-G.-B. solle der Künstler, nicht die Richter entscheiden, ob ein Bild sittlich anstößig ist. Das gehe nicht nur über den juristischen Verstand, das gehe auch über den gesunden Menschenverstand. Was würden mitunter für künstlerische Sachverständige vorgeschlagen! Einmal sogar der Abg. Stadthagen! (Heiterkeit.) Was für ein Künstler Herr Stadthagen sei, das habe er bei der

lex Heinze

gezeigt. Der Redner legt eine Anzahl Bilder auf den Tisch des Hauses, die als Kunsterzeugnisse frei kursieren dürfen, aber zweifellos in höchstem Maße unzüchtig seien. Solche Bilder pilgern nun in die Hände von Gymnasiasten. Das führt geradewegs zum

sittlichen Untergang unseres Volkes!

Gegen die Entsittlichung, die erste Etappe auf dem Untergangswege jedes Volkes, müßten die Behörden deshalb doppelt energisch vorgehen. (Lebh. Beifall rechts und im Zentrum.)

Justizminister **Beseler**: Die Zivilprozeßordnungsnovelle liegt noch beim Bundesrat, die Meinungen über die wichtigsten Punkte gehen weit auseinander. Die hier gegebenen Anregungen wird die Regierung selbstverständlich nach Möglichkeit berücksichtigen. Die

zu große Häufigkeit der Eide

in Zagatellsachen, Zivil- wie Strafprozessen, ist Tatsache; Tatsache ist auch, daß die öffentliche Sittlichkeit nur mangelhaft geschützt ist. Hier werde hoffentlich gesetzgeberisch vorgegangen werden. Sexuelle Fragen gehörten nicht in die öffentliche Verhandlung. Der weitgehende

Wahrheitsbeweis in Beleidigungssachen,

den kein anderes Volk in solchem Umfange kennt wie wir, ist vom Uebel und muß gesetzgeberisch eingeschränkt werden. Ein dahingehender Gesetzentwurf ist in Arbeit und schon viel weiter gefördert worden, als man im allgemeinen annimmt. Die Prüfung des Geisteszustandes der Angeklagten sei zur Prüfung ihrer etwaigen Minderwertigkeit oft nötig. In der Allensteiner Affäre mag es dem Untersuchungsrichter aus psychologischen Gründen schwer gefallen sein, dem Antrag auf Beobachtung des Geisteszustandes zu widersprechen. Die Staatsanwaltschaft muß gerade bei Roheitsdelikten die Gutachten ungeeigneter Sachverständiger mehr als bisher durch Ladung bewährter, autoritativer Sachverständigen entkräften. Dann würden die Strafen nicht zu milde ausfallen. (Beifall.)

Abg. Dr. **v. Campe** (nl.): Für die Prügelstrafe würden sich nur sehr wenige seiner Freunde erwärmen können. Nur eine sofortige Tracht Prügel würde auf den Verbrecher wirken, wenn aber erst das Oberlandesgericht entscheiden soll, ob die Prügelstrafe verhängt werden soll, habe diese Strafart gar keinen Wert mehr. Der Wahrheitsbeweis bei Beleidigungsprozessen gehe zu weit, ebendrein habe er meist noch Meineidsprozesse im Gefolge. Das Urteil eines Künstlers darüber, ob ein Bild unzüchtig sei oder nicht, sei nicht nötig; jeder anständige Mensch könne das entscheiden. Die heutige Rechtsprechungspraxis bei Beleidigungsprozessen führt mit Notwendigkeit zur Vermehrung der Selbsthilfe der Beleidigten, also zur

Vermehrung der Duelle.

Die Anwälte dürfen nicht, wie heute meistens, die Leiter der Verhandlung sein. Auch darf der Gerichtssaal nicht zum Theatersaal und zur Volksversammlung herabgewürdigt werden, wo Zischen und Bravorufe gang ung gäbe sind. Mir als Richter hat es die Schamröte ins Gesicht getrieben, als der Graf Moltke im Hardenprozeß erklärte, er habe die Uniform ausziehen müssen, weil er im Gerichtssaal Beschimpfungen zu erwarten hatte, die er als Offizier nicht ertragen konnte. (Lebh. Beifall.) Noch mehr solcher Verhandlungen und wir stehen vor dem

Bankerott unserer Rechtspflege!

Das sage ich als Richter, und als berufsfreudiger Richter. (Lebh. Beifall.)

Abg. Cassel (frs. Vp.) rügt es, daß die Angeklagten heute oft als Objekte zur Ausbildung der Referendare benutzt würden, und wendet sich gegen die zu häufigen Berufungen der Staatsanwaltschaft. Es ist so viel von den Gefahren der öffentlichen Gerichtsverhandlungen gesprochen worden. Gewiß; man möge die Oeffentlichkeit bei Gefährdung der Sittlichkeit ausschließen, aber — das Prinzip der

Oeffentlichkeit muß gewahrt bleiben!

(Sehr richtig! links.) Die Erklärung des Staatsanwalts im Moltke-Hardenprozeß, weshalb er erst so spät eingegriffen habe, ist durchaus unzulänglich. Zu Vorsitzenden von Schöffengerichten sollte man nur bereits in der Praxis bewährte Richter nehmen. Der Abg. Strosser sehnt sich nach der Prügelstrafe. Hat man denn aber dadurch die Schandtaten früher einschränken können? Durch Gefühlswallungen sollten wir uns nicht zu Aenderungen wohlerwogener Gesetzesbestimmungen hinreißen lassen. (Beifall links.)

Abg. **Peltasohn** (frs. Vgg.) wünscht eine Vermehrung der Richterstellen und bittet um Auskunft über den Erfolg der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz. Einer Festsetzung der

Altersgrenze für Richter

auf 70 Jahre stimme er zu.

Minister **Beseler**: Versehen in der Rechtspflege werden immer vorkommen. Daß man solcher Versehen halber sagen kann: „Die Rechtspflege ist bankerott", dafür fehlt mir das Verständnis. Wenn, wie Herr Cassel es beklagte, es vorgekommen sein soll, daß ein Staatsanwalt auch Berufung gegen ein Urteil einlegt, das seinem Antrage entspricht — Herr Cassel hat da wohl einen Fall in Frankfurt im Auge —, so kann ich das allerdings nicht billigen. Was die anderen hinsichtlich der Strafprozeßordnung vorgelegten Fragen anlangt, so ist es wohl am besten, die ja jetzt im Gange befindliche Neuregelung im Reiche abzuwarten.

Abg. **Mizerski** (Pole) klagt über Rechts- und Gesetzesverletzung gegenüber den Polen.

Ein Regierungskommissar tritt dem entgegen.

Hierauf tritt Vertagung ein. Persönlich bemerkt

Abg. **v. Campe** (nl.), er habe nicht zu sehr verallgemeinert, er habe nur von einem Bankerott der Rechtspflege für den Fall gesprochen, daß Prozesse wie der Hardenprozeß noch öfter vorkämen.

Mittwoch 11 Uhr: Fortsetzung der Debatte.

Schluß gegen 4½ Uhr.

Ausland.

Der Erfolg von Pichons Rede.

Pichons fünfviertelstündige Rede, die weitschweifig alle Einzelheiten behandelte, doch keinen einzigen weiten Gesichtspunkt öffnete, hatte, so schreibt man der „Voss. Ztg." aus Paris, die Kammer kühl gelassen, als er jedoch, gegen Delcassé gewendet, mit erhobener Stimme rief: „Wir wollen unsere Politik gegen niemand richten, wir wollen niemand vereinsamen, wir wollen an unserm Teil zur Erhaltung des Weltfriedens beitragen!" da brach die Mehrheit in stürmisches Händeklatschen aus, das minutenlang dauerte, dieselbe Menge, die Freitag ebenso stürmisch in die Hände klatschte, als Delcassé sich rühmte: „Wir haben eine Art Hegemonie in Europa gebrochen, wir haben alle Völker um uns gruppiert, die in einer Luft der Freiheit atmen wollen, denen ihre Unabhängigkeit teuer ist." Dieser Zug gestattet ein Urteil über den Wert und die Bedeutung des sogenannten Erfolges Delcassés und über den politischen Ernst der Kammermehrheit.

*

In den Wandelgängen der Kammer drängte man sich, dem „Tag" zufolge, besonders um Ribot. Von diesem berufenen Kritiker wollte man wissen, ob er Pichon auf der Höhe seiner Aufgabe fand. Ribot lobte besonders den Schluß von Pichons Ausführungen, die überaus vornehme Art, Delcassé eine scharfe Lektion zu geben durch den einfachen Hinweis auf die systematische Entwicklung der äußeren Politik Frankreichs von 1871 bis auf unsere Tage dank dem klugen Zusammenwirken von Regierung und Parlament.

Das Zarenpaar

beabsichtigt in diesem Frühjahr Italien zu besuchen, wo es mit dem italienischen Königspaar in einem kleineren Orte eine Begegnung haben wird.

Anarchisten in Odessa.

Die Polizei in Odessa verhaftete zwei der an der Explosion auf den Dampfern „Grigori", „Mark" und „Ujadag" beteiligten Anarchisten. Bei der Ueberführung in das Gefängnis versuchten sie zu entfliehen, sie wurden aber von den Schutzleuten durch Revolverschüsse getötet.

Neue vatikanische Maßregelungen.

Die „Corrispondenza Romana" sagt, daß die vom Professor an der Universität Straßburg, päpstlichen Hausprälaten Monsignore Ehrhardt, in der „Internationalen Wochenschrift" veröffentlichte Kritik der Enzyklika „Pascendi" Anstoß errege. Ehrhardt sei intelligent u. beredsam und habe ausgedehnte historische Kenntnisse, sei aber durchaus unzuständig in den Fragen der Philosophie und Theologie. Seine Sprache gegenüber dem Papste sei in Form und Inhalt inkorrekt. Hinsichtlich der orthodoxen Fundamental-Argumente verdiene er, daß jeder wahre Katholik ihn öffentlich tadele. Die Corrispondenza bedauert weiter, daß die „Germania", indem sie sich ihrer rühmlichen Traditionen unwürdig zeige, mit schmeichelhaften Worten für den Verfasser den am meisten zu verurteilenden Teil des Ehrhardtschen Artikels abdrucke. Die „Corrispondenza Romana" weist endlich auf einen Artikel des Pfarrers Würzberger in Kleukheim in der „Münchener Allgemeinen Zeitung" hin, der Ehrhardt lobt, den Vatikan und das katholische Zentrum angreift. Die „Corrispondenza Romana" billigt den Freimut Würzbergers und erklärt, die elementarste Ehrlichkeit verlange, daß diese sogenannten Katholiken sich außerhalb der Kirche stellen.

Englisches Diplomaten-Revirement.

Der „Daily Expreß" läßt sich aus Paris melden, Sir Gerard Lowther, der britische Gesandte in Tanger, solle im Oktober an Stelle des zu dieser Zeit zurücktretenden Sir Frank Lascelles britischer Botschafter in Berlin werden. Sir Rennell Rodd komme an Stelle Sir Edwin Egertons nach Rom. Sir C. A. Spring Rice gehe nicht nach Teheran zurück, sondern wahrscheinlich an den Vatikan oder nach dem Haag: dieser letztere Posten werde durch die Abberufung von Sir Henry Howard ebenfalls frei.

Eine Telegraphenlinie durch die Sahara.

Die französische Regierung beabsichtigt, die Errichtung einer Telegraphenlinie durch die Sahara, um Algier mit den französischen Kolonien in Westafrika, Senegal und der Elfenbeinküste zu verbinden.

Ein deutsches Kriegsschiff nach Zentralamerika.

Bei den gegenwärtig noch immer nicht geklärten Zuständen in den zentralamerikanischen Republiken wird die Meldung in deutschen Handelskreisen willkommen sein, daß jetzt der Kreuzer „Bremen" Befehl erhalten hat, wieder in den mittelamerikanischen Gewässern die deutsche Flagge zu zeigen, nachdem das Schiff zuletzt einige Monate im Süden Amerikas stationiert war.

Die Ereignisse in Marokko.

Nach einem Telegramm des Grafen de Saint-Aulaire aus Tanger ist die Polizei für das Gebiet außerhalb der Stadtmauern von Tanger gemäß der Algeciraakte gebildet. Die Organisation der Polizei in Rabat und Mazagan erfolgt unter derselben Bedingung. Vier marokkanische Zollagenten sind nach Casablanca abgereist, um für die Unterdrückung der Kriegskontrebande zu sorgen.

Sir Hart, chinesischer Staatsminister.

Ein kaiserliches Edikt in Peking ernennt, dem „Tag" zufolge, den kürzlich auf zwei Jahre beurlaubten General-Zollinspektor Sir Robert Hart zum Staatsminister und seinen Adlatus Sir Robert Bredon zu seinem stellvertretenden Nachfolger.

Eine eigene Flotte für Australien.

Der australische Premierminister hielt eine Rede für die allgemeine Wehrpflicht und den Bau einer eigenen australischen Flotte.

Kein Kollektivismus in Neusüdwales.

Mit dem Rufe „Der gesunde Menschenverstand muß siegen!" hat dem „B. T." zufolge die Delegiertenkonferenz der Arbeiter von Neusüdwales einen Vorschlag, der sich für das Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln sowie für die koellktivistische Regelung der Verleihung und des Güteraustausches aussprach, mit, 118 gegen 27 Stimmen abgelehnt.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 29. Januar.

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle a. S., 28. Januar.

Am Magistratstisch die Herren Geh. Kommerzienrat Steckner, Justizrat Föhring, Baumeister Gygas und Fabrikant Greßler.

Eingänge liegen nicht vor.

1. Die Versammlung verstärkt die Mittel für Reinigung und Ergänzung der Städtischen Bedürfnisanstalten um 1500 Mk. (Ref. Herr Stv. Wolff.)

Punkt 2 betrifft

Schutzmaßregeln am Trothaer Wehr.

Der Referent Herr Stv. Gygas erinnert an die zahlreichen Unfälle am Wehr, wo schon so manches Menschenleben ein jähes Ende gefunden, und gibt bekannt, daß die Verhandlungen mit der Regierung und dem Wasserbaufiskus kein positives Resultat ergeben haben. Größere Warnungstafeln wolle die Stadt allerdings anbringen.

Herr Stv. Emmer erklärt sich damit nicht zufrieden. Wir haben hier einen Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs, der unter dem Vorsitz des Herrn Stadtbaurat Lammers steht. Man zieht die Fremden hierher und tut nichts, daß sie nicht bei Gondelfahrten im Saaletal am Trothaer Wehr ertrinken. Stangenbogen könnten sehr wohl noch angebracht werden; eventuell soll die Stadt, falls der Wasserbaufiskus ablehnt, die Bojen auf eigene Kosten anlegen.

Herr Stadtbaurat Lammers führt aus, es sei sehr schwer am Wehr Schutzmaßregeln zu schaffen.

Herr Stv. Osterburg unterstützt den Antag Emmer.

Herr Bürgermeister v. Holly versichert, der Magistrat habe die Angelegenheit ernstlich geprüft und an Ort und Stelle mit Vertretern der Regierung und der Wasserbauinspektion konferiert. Die Unglücksfälle werden sich aber nie ganz vermeiden lassen; oft sind sie auf Rechnung einer animierten Stimmung zu setzen.

Herr Stv. Borges und Herr Stv. Brandes halten große Warnungstafeln für unzureichend. Letzter Redner wünscht, daß schon in den Booten selbst eine Aufschrift angebracht werde: „Am Trothaer Wehr verunglücken alljährlich viel Menschen."

Der Antrag Emmer wird schließlich abgelehnt. Die Versammlung nimmt lediglich Kenntnis von den Ausführungen des Magistrats.

Ueber Punkt 3

Ausdehnung der Sonntagsruhe

referierte Herr Stv. Greßler. Die Akten dieser Sache sind auf über 1000 Seiten angeschwollen. Zahlreiche Petitionen, fast ausschließlich aus den Kreisen der Handlungsgehilfen, verlangen eine Einschränkung der Geschäftszeit an Sonntagen; aber auch die Geistlichkeit hat sich zu Gunsten einer solchen Neuerung ausgesprochen. Dagegen sind Eingaben eingegangen aus den Kreisen des Rabattsparvereins, der Kolonialwaren- und der Zigarrenhändler. Der Referent gibt eine ausführliche Darlegung der Ermittlungen, die auf Veranlassung des Magistrats in der Angelegenheit angestellt sind. Der Magistrat sei indes jetzt zu dem Beschluß gelangt, mit Rücksicht auf den Entwurf des Nachtrages zur Reichsgewerbeordnung die Materie einstweilen ruhen zu lassen.

Herr Stv. Borges erklärt, er verstehe nicht, warum die Bekanntgabe jenes Entwurfes ein Grund sein soll, kein Ortsstatut zu beschließen. Im Gegenteil; der Entwurf biete ja gerade eine Direktive. Wir brauchen uns nicht mehr an die Gutachten der Handelskammer zu halten, das ja im Handelsstand vielfach Kopfschütteln erregt hat. Wir 1038 Prinzipale, die wir uns für Verkürzung der Sonntags-Geschäftszeit ausgesprochen haben, erwarten mit Schmerzen die Regelung der Sache im Sinne einer Ausdehnung der Sonntagsruhe, und das gleiche gilt von den Tausenden von Handlungsgehilfen. Der Magistrat habe gerade jetzt Grund, an die Bearbeitung eines Ortsstatuts heranzugehen.

Herr Vorsteher Steckner entgegnet, man könne einer Kommunalbehörde nicht zumuten, auf Grund eines Vorentwurfs, der im Reichstage noch ganz anders ausgestaltet werden kann, ein Ortsgesetz zu erlassen. Der Vorredner sei anscheinend über den Entwurf nicht genügend orientiert. Der Entwurf verlange grundsätzlich den Geschäftsschluß an Sonntagen. Alle Städte, wie sie auch heißen mögen, sollen in Zukunft unter den gleichen Bestimmungen stehen. Die Buntscheckigkeit, die jetzt in der Hinsicht besteht, wolle man beseitigen. Jetzt werde das Kleingewerbe einer Stadt, für die die Ortsbehörde Beschränkung der Geschäftszeit beschließt, gegenüber der Nachbarstadt benachteiligt. Das wird aufhören dank dem Gesetzentwurf, der übrigens wohl in der Presse noch nicht erschienen ist. (Das ist ein Irrtum. Der Entwurf ist von uns schon vor 14 Tagen veröffentlicht. Die Red.) Der Entwurf hat eine gerechte Tendenz. Jetzt ein Ortsstatut zu beschließen, ist nicht angängig. Persönlich möchte ich dabei noch den Wunsch aussprechen, daß in Deutschland die Regelung der Sonntagsruhe nicht in pietistische Bahnen geraten möge und uns Zustände beschert werden wie in England, wo es z. B. in Glasgow Sonntags kaum zum Aushalten ist, alles geistige und gesellige Leben ist unterbunden. Man darf bei solchen Bestrebungen nicht die Volksgewohnheit in Deutschland außer Acht lassen, wo man Erholung und Amüsement sucht. Nicht darf bei uns eine Erstarrung des Verkehrslebens Platz greifen; in England fahren Sonntags selbst die Eisenbahnen nicht.

Damit wird der Gegenstand verlassen, da Herr Stv. Borges auf einen Antrag verzichtet.

Punkt 4. Verpachtung des Stadttheaters wird in die geschlossene Sitzung verwiesen.

Punkt 5: Beratung eines Ortsstatuts der Straßenreinigung wird vertagt, da die Spezialkommission sich noch nicht hat mit der Sache befassen können.

6. Der Haushaltsplan des städtischen Schlacht- und Viehhofes wird nach einem Referat des Herrn Stv. Knabe genehmigt.

Ebenso der Etat des städtischen Leihamts. (Ref. Herr Stv. Aßmann.)

Ferner der Haushaltsplan betreffend die Fürsorge für die Hinterbliebenen der städtischen Beamten. (Ref. Herr Stv. Dietzel.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080129012/fragment/page=0002

Der Etat der Berechtigungen wird angenommen. (Ref. Herr Stv. Engelke.) Ferner der Etat der Allgemeinen Verwaltung. (Ref. Herr Stv. Zell.)

Der Posten für

Reinigung der Bureaus

des Rathauses, des Ratskellergebäudes usw., der um 8400 Mark gestiegen ist, wird vom Herrn Stv. Nesse bekämpft. Die Reinlichkeit sei bisher auch nicht schlecht gewesen. Dieses Jahr müssen wir sparen, und wenn's sich auch nur um einen Betrag von 8000 Mk. handelt.

Herr Erster Bürgermeister Dr. Rive entgegnet, die Reinlichkeit sei äußerst mangelhaft. Das liege mit am System. Bis jetzt sei den Kastelanen die Sache gegen eine Vergütung übergeben; die Leute nehmen sich dann Hilfskräfte an, die übrigens nicht Angestellte der Stadt sind und niemals in den Genuß der sozialen Fürsorgeeinrichtungen kommen konnten, die die Stadt für ihre Arbeiter usw. geschaffen hat. In den Bureauräumen selbst würde sehr selten gereinigt, mehr auf den Treppen und Korridoren. Es handelt sich bei der Neuerung darum, die Reinlichkeit im Interesse der Gesundheit der Beamten zu heben und jenen Hilfskräften gegenüber die sozialen Pflichten zu erfüllen.

Die Herren Stvv. Nesse und Döhler vertreten demgegenüber den Standpunkt, die Mehrausgaben zu streichen und den bisherigen Zustand zu belassen. Es wäre nicht richtig, zu sagen, früher sei alles Sumpf und Schmutz gewesen, die Vergangenheit habe auch stets den Verhältnissen Rechnung zu tragen gewußt. Durch Schmutz im Rathaus sei noch kein Beamter krank geworden.

Die Versammlung beschließt statt der verlangten 12 700 Mark nur den Satz von 7800 Mark zu bewilligen.

Herr Stv. Giese bemängelt, daß die

Ausbildungskurse der Beamten

während der Dienststunden stattfinden. Das sei in gewisser Beziehung eine Schädigung der Stadt zu Gunsten des Einzelnen. Die Leute gingen vielleicht hernach nach einer anderen Stadt.

Herr Erster Bürgermeister Dr. Rive gibt zu, daß allerdings die Stunden der Ausbildungskurse für die Erledigung der Geschäfte verloren gehen. Dieser Verlust wird allerdings nur noch einige Jahre dauern. Später werden wir nur noch junge Anwärter in den Kursen haben, während sich jetzt zahlreiche ältere Herren, die schon lange in städtischen Diensten stehen, dort befinden. Das wird ja dann aufhören, wenn wir die älteren Angestellten erst auf die Höhe der Leistungsfähigkeit gebracht haben, die im Interesse unserer Verwaltung unerläßlich erscheint. Früher ist für die Ausbildung der Anwärter nichts getan. Die Leute traten in ganz jungen Jahren ein, erhielten 25 Mk., dann 50 Mk. und so fort, bis sie den 30er Jahren schon nahe gerückt, in eine Assistentenstelle einrückten. Ihr Gehalt hatte inzwischen vielleicht die Höhe von 80 Mark erlangt, und zugeschnitten waren sie nur auf einen einzigen Leisten. Nur wenige Bureauvorsteher unterzogen sich der Mühe — hatten oft auch keine Zeit dazu — die ihnen nachgeordneten Leute auszubilden. Der Anwärter suchte sich vom Assistenten Auskunft zu holen. Kam der Betreffende dann von seinem Bureau in einen anderen Zweig der Verwaltung, so war die Verlegenheit groß. Abgesehen von einer ganzen Reihe hocherfreulicher Ausnahmen ist denn auch die durchschnittliche Leistungsfähigkeit unserer Bureaubeamten nicht so, wie es der Größe unserer Stadtverwaltung entspricht. Diesen Beamten Gelegenheit zur Vervollkommnung zu geben, bieten wir gern die Hand, und ihr Gewinn kommt unserer Verwaltung mit zu gute. Die Ausbildungskurse sind obligatorisch, aber die Beamten besuchen sie auch mit größter Bereitwilligkeit. Wegen des obligatorischen Charakters müssen die Kurse innerhalb der Bureaustunden abgehalten werden. Der Vorteil der Kurse ist jetzt schon, so kurze Zeit sie auch erst bestehen, unverkennbar. Wenn von den Leuten einige nach andern Städten gehen, so darf uns das nicht irre machen; dann haben wir eben für die anderen Städte gearbeitet. Aber dasselbe Verhältnis liegt ja auch bei unseren Schulen vor, die uns soviel Geld kosten. Die Beamten, die wir von auswärts holen, haben ja auch auf Kosten anderer Städte sich ihr Wissen erworben.

Herr Stv. Osterburg beanstandet, daß 3600 Mk. für die

Anstellung eines Magistratsassessors

gefordert werden, ohne daß bisher eine Vorlage an die Versammlung gelangt wäre.

Herr Erster Bürgermeister Dr. Rive entgegnet, dem Etatsausschuß, speziell dem Referenten seien die nötigen Unterlagen gegeben worden. Die Vorlage sei wohlbegründet. Der Magistrat bestehe im Ganzen aus 19 Mitgliedern, von denen 10 unbesoldete Stadträte seien. Von den 9 besoldeten Magistratsmitgliedern seien, lasse man die beiden Bürgermeister außer Betracht, nur vier Juristen, die anderen drei, die beiden Stadtbauräte und der Stadtschulrat seien technische Mitglieder. Einer der 4 Juristen werde durch die Aufgaben des Kaufmanns- und Gewerbegerichts und ähnliche Arbeiten, die eigentlich Aufgaben des Staates seien, voll beschäftigt. Die Polizeigeschäfte nehmen den zweiten Juristen zu zwei Dritteln seiner Arbeitskraft in Anspruch und der dritte Jurist sei in seiner Kraft völlig durch das Armendezernat absorbiert. Von den unbesoldeten Stadträten haben einige Herren ein großes Dezernat, andere ein ganz kleines oder gar keins. Gewiß ist in anderen Städten z. B. das Armendezernat einem unbesoldeten Stadtrat unterstellt, z. B. in Breslau, aber es wäre hart, wollte man unseren unbesoldeten Stadträten, die schon so lange der Verwaltung angehören, eine solche Last aufladen; das wäre kein Dank für den Rat, mit dem sie der Stadtgemeinde und dem Magistrat so viele Jahre zur Verfügung gestanden haben. Zu einer Vermehrung der Zahl der besoldeten Magistratsmitglieder rate ich nicht; aber wir können uns helfen in der Weise, wie andere Städte, durch Einstellung von Magistratsassessoren. Berlin z. B. hat bei seinen 35 Magistratsmitgliedern, die natürlich längst nicht für die Riesenverwaltung ausreichen, eine große Zahl derartiger Hilfsarbeiter.

Herr Stv. Schmidt stellt den Antrag, die geforderten 3600 Mk. nur zur Verfügung beider städtischen Behörden zu bewilligen.

Herr Stv. Glimm unterstützt den Antrag. Ich gebe gern zu, daß der Magistrat voll beschäftigt ist; aber auf eine Ueberlastung kann ich nicht schließen, wenn ich unsere Arbeiten ansehe.

Herr Stv. Giese meint: Wir könnten es ja mit dem Armendezernat ebenso machen wie in Breslau. (Zuruf des Herrn Stv. Schmidt: Das sind dort auch bessere Menschen!) Es sei nicht richtig, die unbesoldeten Stadträte nur mitraten und nicht mitverwalten zu lassen.

Herr Stv. Greßler erinnert daran, daß nach dem Rücktritt des Herrn Stadtrats Keferstein das Friedhofsdezernat einem besoldeten Stadtrat, Herrn Kurth, übertragen sei. Herr Kurth habe sich ja schnell in die Sache hineingefunden, aber die lokalen Verhältnisse waren ihm doch fremd. Ein unbesoldeter, mit unserer Stadt vertrauter Stadtrat hätte die Geschäfte besser erledigen können.

Der Antrag Schmidt wird angenommen. (Ref. Herr Stv. Zell.)

Schließlich werden noch die Haushaltspläne der gewinnbringenden Unternehmungen und der Kapital- und Schuldenverwaltung (Ref. Herr Stv. Knabe) mit ganz geringen Abänderungen genehmigt.

Ueber Arnold Böcklin

sprach in dem gestern fälligen Vereinshausvortrag Herr Prof. Dr. Goldschmidt im Auditorium maximum der Universität vor einer äußerst zahlreichen Zuhörerschar. Man muß, so begann der Vortragende, ein Dichter sein, um Böcklin recht zu würdigen und zu preisen. Er schaffte eine ganz eigene Kunst, die ihre Sprache spricht, indem sie uns etwas Unaussprechliches aus dem Sein wiedergibt. Das ist auch der Grund, warum Böcklin solange nicht verstanden ist und solange mißfallen hat. Die Natur Italiens, die venezianische Kunst hat ihm am meisten gegeben, die Pracht der Farben, die Größe der Komposition und das Monumentale seiner Malerei. Der Vortragende führte eine große Zahl charakteristischer Bilder des Meisters in scharfen Lichtbildern vor und erklärte sie in seiner geistreichen Weise. Zunächst das Selbstbildnis mit Frau aus den 50er Jahren, das mehr als ein bloßes Porträt, das ein Zeugnis des Verhältnisses der Ehegatten Böcklin zueinander bedeutet. Dann das bekannte Selbstbildnis mit dem Tode. Hier lauscht der Meister auf die Melodie der Vergänglichkeit und erhorcht daraus das ewig Bleibende, dem er seine Kunst und sein ganzes Können lebenslang geweiht hat. Und nun zogen sie weiter in reicher Zahl an unseren Augen vorüber, die bekannten und weniger bekannten Werke des Meisters von San Domenico bei Fiesole, der „Quell in der Felsenschlucht", der „Prometheus", die „Venus Anadyomene", der „Heilige Hain", der „Felsensteg" und der „Abenteurer". Das humoristische Moment bei Böcklin zeigt der „Rasende Roland"; von den Meisterwerken kehrten die allgemein bewunderte „Toteninsel" wieder, die vielkritisierte „Kreuzabnahme", die „Pietà" und endlich die Bilder, die Böcklins ureigenstes Moment zeigen, die Verbildlichung der Gefühle in der Natur durch Wesen zwischen Mensch und Natur, so sein „Schweigen im Wald", der „Zentaurenkampf" sowie die Najaden- und Tritonenbilder. Auch die Masken von Basel sahen wir wieder, mit deren Spott Böcklin viel Aerger von den Abkonterfeiten widerfuhr, und zu mSchluß „Die drei Lebensalter" mit der Inschrift: Vita somnium breve — das Leben ist nur ein kurzer Traum! Das war auch Böcklins Bekenntnis. Das hat ihm der Tod ins Ohr geflüstert, und das hat er uns des öfteren unvergleichlich gemalt.

Vortrag J. M. Carrée.

Auch der gestrige dritte Vortrag des Lektors der französischen Sprache an der hiesigen Universität, des Herrn J. M. Carrée, über den Einfluß Goethes aus seiner klassischen Zeit auf die französische Literatur und das französische Geistesleben überhaupt bot wieder viel des Interessanten. Der Redner beschäftigte sich diesmal mit Goethes Romanen und dem Ende der Romantik sowie mit Goethes Meisterwerken der klassischen Form. Von Goethes Romanen fanden besonders „Wilhelm Meister" und „Die Wahlverwandtschaften", die wiederholt ins Französische übertragen wurden, in Frankreich großes Interesse. Redner erörterte zunächst die Analogien zwischen den französischen Romanen und dem deutschen und beschäftigte sich dann eingehend mit der Figur der Mignon, die unter anderen Goethischen Gestalten den bekannten niederländisch-französischen Maler Ary Scheffer zu einem seiner besten Kunstwerke begeisterte. Den leitenden Gedanken in Wilhelm Meister hat man weniger verstanden. Daran trugen einmal die Uebersetzungen Schuld, sodann der Gegensatz in der französischen Auffassung des Romanes (Klarheit, das reine Romanhafte und die bestimmte Pinchologie) und der deutschen, der damals ein gewisser pädagogischer Zug anhaftete. Welche Verbreitung „Die Wahlverwandtschaften" unter den französischen Schriftstellern wie unter dem französischen Publikum gefunden hatten, kann man daraus ersehen, daß der Schriftsteller Stendhal einem Kapitel seines Romanes, Le rouge et le noir, diesen deutschen Titel gab. Im zweiten Teile seines Vortrages erörterte der Vortragende den Einfluß der „Iphigenie" und von „Hermann und Dorothea" auf die französische Literatur. Unter dem zweiten Kaiserreich sagte die heidnische Richtung der „Iphigenie" besonders den Parnassiens und unter diesen namentlich ihrem hervorragendsten Vertreter, dem pantheistischen Dichter Leconte de Lisle, zu. Auch die Apologie der griechischen Schönheit gegenüber der christlichen Starrheit und Askese fand den Beifall des damaligen gebildeten Publikums, allerdings nur des gebildeten, denn in das große Publikum ist die Kenntnis der „Iphigenie" nie gedrungen. Ihr verdanken dagegen die Denker jener Zeit mancherlei Anregung, so hat der bekannte Literarhistoriker Taine ein Essay verfaßt: Iphigénie à Sainte Odilon. Von geringem Einfluß ist dagegen die Dichtung „Hermann und Dorothea" auf das französische Geistesleben geblieben. Der mittelalterlich-mystische Zug sagte dem französischen Charakter nicht zu. Das Gedicht war zu sehr Familienepos. In „Hermann und Dorothea" sahen die Franzosen die Typen eines naiven, braven deutschen jungen Mannes beziehentlich einer deutschen Jungfrau jener Zeit.

Schwabinger Bauernkirchweih. Die Ausgabe der Eintrittskarten zu diesem, der fröhlichen Karnevalslaune gewidmeten Feste des Halleschen Ruder-Clubs hat begonnen. Sie können in dem Geschäftslokale des Herrn Otto Unbekannt, Gr. Ulrichstr. 1a, gegen Entrichtung der Eintrittsgebühr von ℳ 2.— in Empfang genommen werden.

Der Kriegerverein Germania von Halle und Umgegend, der nur aus Teilnehmern der Kriege von 1864, 1866, 1870-71, sowie China- und Südwest-Afrika-Kämpfern besteht, beging am Sonnabend in den festlich geschmückten Sälen des Hotel „Kronprinz" unter reger Beteiligung seiner Mitglieder und der zahlreich erschienenen Gäste die Feier von Kaisers Geburtstag. Nach einigen einleitenden Musikstücken der Hentischelschen Kapelle begrüßte der Vereinsvorsitzende Kamerad Friedrich die zahlreichen Festteilnehmer, unter denen sich der Ehrenpräsident des Vereins, Herr Geh. Kommerzienrat Dr. Lehmann, Herr Professor Rothstein und einige Offiziere befanden. Die Festrede hielt der Kamerad Rechnungsrat Reinhardt. Ein sinniger Prolog wurde von Fräulein Wellhausen in fesselnder Weise vorgetragen. Reichen Beifall ernteten die von Fräulein Krönert gesungenen Lieder für Sopran. An den musikalischen Teil schloß sich ein Theaterstück und wie üblich, ein Ball, der die Festteilnehmer in fröhlicher Stimmung bis früh zusammenhielt.

Der Cercle français feierte am Sonnabend sein fünftes Stiftungsfest bei zahlreicher Beteiligung. Musikalische, wie andere Vorträge, Gesänge und Tänze, durch Mitglieder ausgeführt, fanden viel Beifall. Damen und Herren, welche geneigt sind, in den Cercle einzutreten, werden gebeten, ihre Adressen im Club-Lokal Café Monopol abzugeben, wo die Uebungsabende unter franz. Direktion Freitags von 8½ bis 10½ Uhr stattfinden.

Provinzialnachrichten.

§ **Barby**, 28. Jan. (Ein tödlicher Unglücksfall) ereignete sich gestern an der Fährstelle. Der fast 16jährige Sohn der Witwe Trappe, Wilhelm, befand sich mit einer Fuhre Holz auf dem Rückweg. Beim Herausfahren aus der Fähre kam plötzlich ein Pferd ins Stolpern und riß den jungen Mann mit um, der mit dem Hals gerade vor ein Rad zu liegen kam. Der Wagen ging über ihn hinweg und führte den sofortigen Tod des Unglücklichen herbei.

— **Eisenberg**, 28. Jan. (Feuer. — Städtisches.) Sonntag nacht brannte der Laden des Posamentiers und Schneidermeisters Rudolf Kost vollständig aus. Das Feuer entstand in der Zeit, als niemand anwesend war. Die Stadtverordneten genehmigten die Aufnahme einer Anleihe von 40 000 Mk. zum Ausbau der Klosterlausnitzer Straße.

— **Hildburghausen**, 28. Jan. (Ein recht trübes Bild) zeigt der städtische Haushaltplan. Der Steuerstock und die Walderträgnisse sind erheblich zurückgegangen, der Ertrag der Biersteuer ist gleichfalls gesunken, während Schule und Schuldentilgung ein erhebliches Mehr erfordern. Der Voranschlag des Magistrats verlangte deshalb eine Steuererhöhung um 27 Proz., der Finanzausschuß nahm aber entsprechende Streichungen in dem Voranschlag vor, so daß er mit einer Erhöhung von 100 auf 120 Proz. auszukommen glaubt.

* **Brücken**, 28. Jan. (Ein ungetreuer Verwalter.) Am Sonnabend verschwand hier der erste Verwalter des Rittergutspächters Hertzer mit ca. 600 Mk., die er zur Auszahlung der Löhne erhalten hatte. Wie verlautet, ist H. gestern in Allstedt verhaftet worden.

Leipzig, 28. Jan. (Zum Großfeuer in der Katharinenstraße.) In dem in Brand geratenen, der Firma Milow & Gen., in Berlin, gehörigen Grundstücke befinden sich im Quergebäude des zweiten Hofes die Lagerräume der Firma Joh. Nik. Voigt & Co. und J. M. Biehl, Hohlglashandlungen. Das einstöckige Haus dürfte mit zu den ältesten Bauwerken Leipzigs gehören; am Hause befindet sich ein Schild mit der Jahreszahl 1632. Ausgebrochen ist das Feuer jedenfalls im dritten Geschoß des Dachstuhles, im Lager von Voigt & Co. kurz nach 9 Uhr vormittags. An dem massenhaft aufgestapelten Strohmaterial, das zu Verpackungszwecken bereit lag, fand es schnell Nahrung und in wenigen Minuten schlugen in dem hinteren Teil des Gebäudes, der nach der Leinwandhalle bezw. der Koburger Bierhalle, Brühl 8, zu gelegen ist, die hellen Flammen meterhoch heraus. Die Löscharbeiten gestalteten sich äußerst gefahrvoll, da die Zugänge zum Brandherd sehr kompliziert waren. Im ganzen wurden vier Personen verletzt, und zwar die Feuerwehrleute Richter, Bemße, Klein und der Oberfeuerwerker Löme. Die Verletzungen, die teilweise durch herabstürzende Dachziegel, teils durch Glaswaren entstanden, sind glücklicherweise nicht sehr gefährlich. Der Brand konnte auf seinen Herd beschränkt werden. Es dürften auch die in den Parterreräumen des brennenden Gebäudes lagernden Warenbestände gerettet worden sein. Die drei Geschosse des Dachstuhles sind natürlich vollständig zerstört. In einer großen Gefahr befanden sich bei dem Brande die Kinder eines Kaufmanns, die im Nebenhause untergebracht waren. Durch die ungeheure Rauchentwicklung hätten die Kinder, wenn sie nicht rechtzeitig von den Feuerwehrleuten bemerkt und in Sicherheit gebracht worden wären, ohne Zweifel ersticken müssen. Der Schaden, den die Firma Voigt & Co. erleidet, dürfte auf zirka 20 000 Mk. zu schätzen sein. Ueber die Entstehungsursache des Brandes ist etwas Sicheres noch nicht bekannt. Der Marktthelfer des Geschäftes, der bald nach dem Brande von der Kriminalpolizei vernommen wurde, gab an, daß er kurz vor dem Ausbrechen des Feuers mit Licht in den Lagerräumen gewesen ist. Wie er weiter aussagte, hat das Licht in einem Fache gestanden. Ob es nun umgefallen ist, oder ob der Brand auf irgend eine andere Weise entstanden ist, läßt sich nicht sagen.

Kunst und Wissenschaft.

Calvin-Jubiläum 1909. Am 10. Juli 1909 wird der 400jährige Geburtstag des großen Reformators Johannes Calvin gefeiert werden. In Genf, der Stadt Calvins, hat man beschlossen, zur dauernden Erinnerung an den Reformator ein großes Denkmal der Reformation zu errichten, durch das der Geist der gesamten Reformation in dieser Grenzstadt an der Pforte der romanisch-katholischen Völker in Erz und Stein reden soll. Beiträge zu diesem Zweck nimmt entgegen Carl de Neufville, Frankfurt a. M., Barckhausstr. 4. Das deutsche Komitee zur Vorbereitung des Calvin-Jubiläums regt neben der Unterstützung des Genfer Denkmals an: durch Kollekten und freie Beiträge einen Calvin-Fonds zur Förderung der Calvin-Studien in Deutschland zu sammeln. Gaben für den Calvin-Fonds nimmt u. a. entgegen der Geschäftsführer Lic. A. Lang, Domprediger und Privatdozent in Halle a. S.

Ein antiker Tempelschlüssel. Von einem interessanten Funde, einem antiken Tempelschlüssel, berichtete Professor Diels in einer der letzten Sitzungen der Berliner Akademie der Wissenschaften, und der Bericht wird jetzt mit photographischen Abbildungen in den Veröffentlichungen der Akademie mitgeteilt. Das von Homer öfter erwähnte Verschlußsystem, nach dem die Oeffnung der Doppeltür durch einen großen hakenförmigen Schlüssel, ihre Schließung durch einen Lederriemen erfolgte, hat sich im Tempeldienst lange Zeit erhalten, und der Tempelschlüssel ist das ständige Attribut der Priesterinnen auf Darstellungen bis in die römische Kaiserzeit hinein. Bisher hatte sich jedoch bei Ausgrabungen von Heiligtümern niemals ein solcher Schlüssel gefunden. Nun aber wurde bei einem der berühmtesten Tempel Griechenlands, dem Heiligtum der Artemis Hemera in Lusoi in Arkadien, ein Bronzeschlüssel von 40,5 cm Länge aufgefunden, dessen Zugehörigkeit zu diesem Tempel durch eine schöne Inschrift auf dem Unterteil, etwa aus dem fünften Jahrhundert stammend, festgestellt ist. Der Schlüssel zeigt eine leise geschwungene Form, wie sie auf Vasen häufiger abgebildet ist. Er befindet sich jetzt im Bostoner Museum.

Vom Kaim-Orchester. Die seltsamen Vorgänge im Münchener Kaim-Orchester, die zu einer zeitweiligen Auflösung und Umgestaltung des Orchesters geführt haben, ziehen immer weitere Kreise. Der Allgemeine deutsche Musikerverband hat, wie dem „B. T." aus München telegraphiert wird, über die Ausstellung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080129012/fragment/page=0003

München 1908, die bekanntlich den Kontrakt mit dem Kaim-Orchester löste, und über das Institut des Hofrates Kaim die Sperre verhängt. Inzwischen trifft aus Mannheim die Meldung ein, daß es Hofrat Kaim gelungen sei, ein Orchester zusammenzustellen, dem auch Musiker angehören, die bereits früher im Kaim-Orchester tätig waren. Die infolge des Streiks aus dem Unternehmen Kaims ausgeschiedenen sechzig Musiker haben sich zu einer Kapelle vereinigt, die bereits am kommenden Mittwoch im Hotel „Union" in München unter der Direktion des Kapellmeisters Curvoisier einen Beethoven-Abend und tags darauf im Löwenbräukeller unter Leitung des Kapellmeisters Moosmüller einen Richard Wagner-Abend veranstaltet. Die beiden Dirigenten sind von ihrer Tätigkeit in der Tonhalle her bekannt.

Justinus Kerner an D. F. Strauß. Ein Leser der „Frkf. Ztg." in Ludwigsburg, der Heimatstadt von D. F. Strauß, stellt der genannten Zeitung zum 100. Geburtstag des berühmten Theologen ein bisher unbekanntes Gedicht von Justinus Kerner zur Verfügung, das dieser seinem Freunde Strauß zur Hochzeit mit der Sängerin Agnes Schebest gewidmet hat.

1. Strauß' Glaube kommt dem Ehstand nur zu gut,
Denn ist es, wie er wähnet, nichts mit drüben —
Wenn nach dem Tode alles Lieben ruht,
So muß man hier — für Ewigkeiten lieben.

2. Ein Andrer spricht: Ich spare vieles auf,
Bis wir in einer andern Welt uns sehen.
Doch er: Ich nicht. Ich liebe hier vollauf,
Denn ich weiß fest, daß ich und Du vergehen.

3. Du, Andrer, raub' ihm diesen Glauben nicht!
Er dient zum Heil der herrlichen Agnese.
Und dringt er drüben erst durch Nacht zum Licht,
Und sie sieht vor ihm — wird er drum nicht böse.

4. Dann wird er sagen: „Kerner hatte recht,
Dem machte Scharfsinn keine graue Haare.
Agnese! was der Kopf denkt, ist oft schlecht,
Und was das Herz spricht, Herz! — das ist das Wahre."

Justinus Kerner zum Hochzeitstage von Strauß Agnese Schebest.

Vermischtes.

Hochzeit im Hause Vanderbilt.

Wochenlang vorher hatte die bereits kurz gemeldete Hochzeit im Hause Vanderbilt ein fieberhaftes Interesse in ganz Amerika erregt und die letzten Tage steigerten es zu einer Sensation. Die Fenster und Balkone in der Nachbarschaft des Vanderbilts-Palais waren dicht besetzt. In Pelze gehüllt und mit Operngläser bewaffnet verfolgte man die Vorgänge wie ein spannendes Theaterstück. Ein großes Polizistenaufgebot hielt die anliegenden Straßen besetzt und sorgte dafür, daß die nächste Umgebung des Hochzeitshauses von allem Verkehr freigehalten wurde. So war es nur wenig, was die Tausende der in dem eisigen Winde ausharrenden Neugierigen von dem Schauspiel erblicken konnten. Sie sahen die Hutspitzen der rasch vorfahrenden Hochzeitsgäste, hörten das Klappen ihres Wagenschlags; damit mußten sie zufrieden sein. Das Straßenbild war viel ruhiger wie etwa bei der Hochzeit der Herzogin von Marlborough oder wie damals, als Miß May Goelet den Herzog von Roxburghe heiratete und der Tumult in den Straßen bedenkliche Formen annahm.

Ueber die Feier selbst wird im Anschluß an das schon Gemeldete berichtet: Ein Orchester begleitete die glänzenden Szenen beim Empfang der Gäste in der großen Haupthalle. Als nach einem Zeichen des „Zeremonienmeisters" die Braut am Arme ihres Bruders Cornelius den Ballsaal betrat, in dem der Trauungsakt vor sich ging, hörte man den Brautmarsch aus Rubinsteins „Feramors". Auf der Nordseite des herrlichen Raumes war der Altar errichtet. Keine Tagesshelle kam in die Säle, sie flimmerten in einer wahren Flut von elektrischem Licht. Für die Ausschmückung hatte man vor allem Orchideen verwendet; in verschwenderischer Fülle war diese kostbare Blume über die Säle gestreut, sie allein kostete nicht nur ein kleines, sondern ein großes Vermögen. Durch eine Allee von blühenden japanischen Kirschbäumen mit Orchideesfestons schritten die Braut und die Brautjungfern zum Altar. Ein Chor von 30 Knaben sang, unterstützt von einigen hervorragenden Solisten der katholischen St.-Patrick-Kathedrale den Hochzeitsgesang. Vor dem Altar legte Cornelius die Hand seiner Schwester in die des Bräutigams, der seine ungarische Husaren-Uniform angelegt hatte. Die Braut trug ein elfenbeinfarbenes Seidenkleid mit Point lace, ihre kostbaren Schleier hatten schon ihre Mutter geschmückt. Das Brautbukett bestand aus Orchideen und Gardenien.

Der Generalvikar von Newyork Lavelle vollzog die Trauungszeremonie, die etwa 20 Minuten dauerte. Ein kurzer Empfang folgte ihr, und an ihn schloß sich das Hochzeitsfrühstück, an dem 350 Gäste teilnahmen, darunter Baron Hengelmann, der österreichisch-ungarische Botschafter, Graf Paul Esterhazy, Miß Ethel Roosevelt und die meister hervorragenden Mitglieder der Newyorker Plutokratie. Unterdessen wartete die Menge geduldig auf die Abfahrt des Brautpaares. Um halb drei fuhr ein leerer Handsome vor dem Eingang vor. Alles stürzte vor, die Polizei konnte nur mühsam die Andrängenden zurückhalten. Der alte Trick gelang auch diesmal, denn gleichzeitig entführte ein Automobil von einem zweiten Eingang aus das Brautpaar den Augen der enttäuschten und getäuschten Menge, und die Photographen packten ihre Apparate bekümmert wieder ein.

Ein neues System für drahtlose Telegraphie mit kontinuierlichen Wellen ist vom Erfinder v. Lepel der Inspektion der Verkehrstruppen durch Telegraphieren von Reinickendorf bei Berlin nach Braunschweig (230 Kilometer) mit Erfolg vorgeführt worden. Der höchst einfache kleine Apparat erzielt bei geringem Verbrauch an elektrischem Strom einen großen Nutzeffekt und gestattet auch die Ausarbeitung der drahtlosen Telephonie.

Der neue Mord in Berlin, von dem wir bereits ausführlich berichteten, scheint sich nicht nur als Lustmord, sondern auch als Raubmord darzustellen. Die ermordete Witwe Wiesner ist allem Anschein nach im Besitze einer größeren Geldsumme gewesen. Nach Schuldscheinen, die bei ihr gefunden wurden, hat sie Geld ausgeliehen, das sie in Teilzahlungen zurückerhielt. Es ist die Rede davon, daß die Ermordete etwa 6000 Mark besessen haben soll. Bisher ist aber kein Geld gefunden worden. Frau Wiesner war eine lebenslustige Dame und suchte oft sogenannte Witwenbälle auf. Eine Reihe von „Freunden" der Ermordeten ist bereits ermittelt.

Ein Reichsgraf als Schwindler. Der in Berlin wegen Betruges und Wechselfälschungen verhaftete österreichische Reichsgraf zu Arz und Vasegg hat im verflossenen Sommer auch im deutschen Osten Gastrollen gegeben. Er kam in einem hocheleganten Automobil in Begleitung eines galonierten Chauffeurs in Königsberg an, mietete im ersten Hotel eine Flucht Zimmer auf längere Zeit, machte Ausflüge in die Umgegend, namentlich nach den Ostseebädern, und wußte sich durch seine Empfehlungen Zutritt in den vornehmsten Kreisen zu verschaffen. Bald darauf ging das Gerücht, daß ein enorm reicher Graf die Absicht habe, das der Landbank gehörige Gut Georgenwalde anzukaufen, sich dort ein Märchenschloß zu bauen, einen Park anzulegen und die Sommermonate dort zuzubringen. Einige Tage darauf wußte man schon die Kaufsumme zu nennen, kannte auch den Vermittler, durch den das Geschäft abgeschlossen war: Rechtsanwalt Schwarz, der zu der Zeit sich in Rauschen zur Sommerfrische befand, der die Verhandlungen eingeleitet, die Kaufsumme vereinbart, den Vertrag abgeschlossen und, wie man erst später erfuhr, die Kaution hinterlegt und auch Wechsel unterschrieben hatte, da der Herr Graf „momentan" etwas zu schwach bei Kasse war. Als das Lügengewebe offenkundig wurde, nahm Rechtsanwalt Schwarz seine Akten unter den Arm, reiste in der Richtung Breslau-Wien dem Herrn Reichsgrafen nach und ist bis jetzt noch nicht zurückgekehrt. Aber nicht nur für Sommerwohnsitze und beschauliches Badeleben zeigte der Herr Graf Interesse, er zeigte auch für industrielle Unternehmungen lebhaftes Verständnis. Sein Automobil führte ihn an die Ufer des Frischen Haffes in die Gegend zwischen Woenab und Cadinen, wo sich Ziegelei an Ziegelei reiht. Nicht lange dauerte es, da hatte er eine Ziegelei „an Hand", und nach einigen Tagen war der Vertrag fertig, der u. a. den Paragraphen enthielt: „Die Stempelkosten dieses Vertrages trägt der Verkäufer." Diese Kosten, die insgesamt mit allen Nebenkosten rund 5000 Mk. ausmachten, hat der Verkäufer, Herr M. in S., auch richtig bezahlt; dafür hat er aber auch die Genugtuung, seine Ziegelei noch heute zu besitzen. In Berlin stand der Schwindler mit der Frau Oberförster Lewandowski in Verbindung.

Höher geht's nimmer. In einem Berichte der amtlichen Salzburger Zeitung über die Beisetzung des verstorbenen Großherzogs Ferdinand von Toscana in der Kapuzinergruft in Wien ist nachstehender Passus wörtlich zu lesen: „Nach Beendigung der Gebete übergab Se. Durchlaucht der zweite Oberhofmeister Fürst v. Montenuovo dem hochwürdigen Guardian Pater Andreas Chak die höchste Leiche".

Wassernot. Anhaltender Frost und Schneemangel haben in Wien zu einer wahren Wassersnot geführt. Die Wasserleitung soll in den Stockwerken aller Häuser abgesperrt werden. Die Vollendung der zweiten Wasserleitung ist von 1909 auf 1911 verschoben worden, weil die Baugelder für andere Zwecke verwendet werden müssen.

Da nahm er sein großes Messer .... Am vergangenen Freitag überfiel am Bahnhofe Engelhof bei Gmunden ein 19jähr. Bursche namens Franz Schmid die bei ihrer Mutter, einer Wäscherin, wohnende 24jährige Julie Stöger. Schmid hatte das hübsche, stattliche Mädchen vor einigen Monaten in einem Zirkus kennen gelernt und verfolgte sie seitdem mit Liebesanträgen; als sie darauf nicht einging, ließ er bei einem Schleifer ein großes Tischmesser haarscharf schleifen, das er dem Mädchen mit kolossaler Wucht in den Rücken stieß, als es vom Bahnhofe Engelhof aus eine kleine Reise unternehmen wollte. Die Stöger ist Braut und sollte binnen kurzem einen Unteroffizier in Wien heiraten. Der Täter ist ein arbeitsscheuer, erst 19 Jahre alter Bursche, der sich von seiner Mutter ernähren ließ.

Die männliche Tochter. Eine drollige Szene spielte sich auf dem Standesamte in Dünnkirchen ab. Fräulein Leys, eine hübsche Brünette von zwanzig Jahren, hatte sich verlobt, und die Mutter begab sich auf das Standesamt, um die erforderlichen Papiere zu beschaffen und das Aufgebot für die Tochter zu bestellen. Sie erfuhr von dem Beamten, daß sie gar keine Tochter habe, sondern daß unter dem angegebenen Datum für das Ehepaar Leys ein Sohn eingetragen sei. Kein Beteuern der Frau half, der Beamte verweigerte die Schriftstücke auszuhändigen und blieb dabei, daß es sich um einen Sohn handle. Nach vielem Hin und Her klärte sich die Sache auf: Die Vornamen des neugeborenen Mädchens waren mit Gauden Arsène angegeben worden, und der Beamte hatte, da er diese als männliche Vornamen auffaßte, einen Sohn in das Geburtsregister eingetragen. Trotz alledem wurde der Mutter erklärt, daß ihr Kind in den Büchern der Behörde ein Sohn sei, und daß deswegen das Aufgebot nicht erfolgen könne. Nun muß das Brautpaar noch einige Wochen mit der Hochzeit warten, bis die erforderliche Richtigstellung des Geburtsregisters von der Behörde bewerkstelligt ist. Um die Ironie des Schicksals voll zu machen, erhielt die glückliche Braut wenige Tage später ein Schreiben von der Militärbehörde, in dem Monsieur Arsène Leys aufgefordert wird, sich an einem der nächsten Tage zur Aushebung für den Militärdienst zu stellen.

Nun verkauft er keine Pillen mehr. Der berüchtigte internationale Schwindler Walz, geboren in Nürnberg, der jahrelang seine Betrügereien hauptsächlich von Holland, Frankreich und Oesterreich betrieb, ist jetzt endlich in Nancy verhaftet worden. Die Hamburger Staatsanwaltschaft hatte einen Steckbrief hinter Walz erlassen und 1000 Mark Belohnung auf seine Ergreifung ausgesetzt. Diese Summe fällt einem Polizisten in Nancy zu, der den Gauner auf Grund des Steckbriefes erkannte und festnahm. Walz arbeitete in folgender Weise. Er pries unter großen Reklamen seine „Magnesiapastillen" an und suchte Vertreter, die er dann durch zahlreiche fingierte Bestellungen veranlaßte, große Posten dieser Pillen zu kaufen. Die Vertreter konnten später die Ware natürlich nicht wieder los werden, da gar keine Nachfrage herrschte und sich die Pillen obendrein als wertlose Naphthalinkugeln herausstellten. Nach den bisherigen polizeilichen Ermittelungen sollen sich die Schwindeleien des Walz auf mehrere hunderttausend Mark belaufen.

Kleine Chronik. Der japanische Ingenieur Schmidt aus Tokio, der mit einem Kollegen des elektrische Eisenbahnkraftwerk in Altona besichtigte, kam dem Schalter zu nahe und wurde vom Starkstrom getötet. — Auf dem Kaiischachte Heringen (Werra) ging plötzlich ein Schuß los. Einem Bergmann wurde der Kopf zerschmettert; er war auf der Stelle tot. Ein zweiter Bergmann erlitt schwere Brandwunden im Gesicht; ein dritter wurde leicht verletzt. — In der Zollstockfabrik in Schwarza explodierte ein eiserner Kolben und verletzte drei Arbeiter schwer. — Auf dem Teiche bei der Ziegelei am Merzdorfer Wege bei Kottbus brach am Sonntag ein achtjähriger Knabe ein und ertrank. — In den Köhlerschen Granitwerken in Meißen wurde gestern nachmittag der 35jährige Steinbrecher Maleki durch einen umstürzenden, etwa 60 Zentner schweren Steinblock erschlagen und sofort getötet. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und vier Kinder. — In Nürnberg ist die Pegnitz um einen Meter und 15 Zentimeter gestiegen. Die niedrig gelegenen Straßen und Plätze nächst dem Fluß sind überschwemmt. Der Verkehr wird mit Kähnen und Notkegen aufrechterhalten. — Die drei der Königin von England gehörenden, aus dem Geldschrank der Firma Hentschel gestohlenen Miniaturen wurden einem Schankwirt in London zum Kauf angeboten. Dieser erkannte sie, zahlte vierzig Mark darauf an und ersuchte den älteren Mann, in einer Stunde wieder zu kommen, was dieser natürlich unterließ. — Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich, wie schon kurz gemeldet, in Königshütte. Die drei Kinder einer Witwe, die allein in der Wohnung zurückgelassen worden waren, sind verbrannt. Die Leichen waren völlig verkohlt. Der Brand ist dadurch entstanden, daß eins der Kinder ein Stück brennendes Papier aus dem Kohlenkasten in den Ofen zu werfen versuchte. Hierbei fingen die Kleider der Kinder Feuer. — Ueber einen zweiten ähnlichen Fall wird aus Graz gemeldet: Die achtzigjährige Schwester des Bischofs Dr. Schuster ist in ihrer Wohnung in Sankt Anna einem glühenden Ofen zu nahe gekommen und verbrannt.

Sportnachrichten.

Paris, 28. Jan. Die deutschen Fahrer beginnen in Paris an Popularität zu gewinnen. Speziell ist es immer wieder der Berliner Fritz Theile, welcher die französische Sportwelt lebhaft interessiert. Seine bis jetzt unerreichten Rekords, welche er im scharfen Kampfe mit seinen Gegnern aufstellte, sind noch in lebhafter Erinnerung. Neuerdings konnte er auch im 10 Meilenfahren den Weltmeister Jacquelin mit nicht weniger als vier Runden Vorsprung überlegen besiegen. Theile führt seine Erfolge auf den geradezu glänzend leichten Lauf seines Brennabor-Rades zurück.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Stiftung zugunsten der Universität Heidelberg.

Heidelberg, 28. Jan. Geh. Rat Prof. Dr. Wilhelm Erb hat der hiesigen Universität ein Legat von 100 000 Mk. vermacht, dessen Zinsen zur einen Hälfte zur Unterstützung der Studierenden, Assistenten und deren Verpflegung im Krankenhaus und zur andern Hälfte zu wissenschaftlichen Arbeiten der Studierenden verwandt werden sollen.

Die Marokkointerpellation in der französischen Kammer.

Paris, 28. Jan. In der fortgesetzten Beratung der Marokkointerpellation hob Lucien Hubert (linksrad.) den Mangel der Algecirasakte hervor, die die Ruhe sicherstellen sollte. Hubert gab dann der Hoffnung Ausdruck, daß der von Pichon angekündigte Rückzug der Truppen nach dem Meere und nicht nach dem Innern erfolgen werde. Der Redner schloß mit dem Wunsche, daß Frankreich sich in die inneren Streitigkeiten Marokkos nicht einmischen möge. (Beifall auf der äußersten Linken.) Boni Castellane sprach seine Freude über die Abmachungen mit Spanien und England aus, anläßlich der gegenwärtigen schwierigen Umstände. Denys Cochin führte aus, Deutschland selbst habe Frankreich dazu ermuntert, in Marokko energisch vorzugehen. Frankreich müsse überall das Werk der Kultur und der Gerechtigkeit fördern und werde dabei in Europa auf keine Schwierigkeiten stoßen. Im Verlauf der Debatte erklärte Jaurès, er sei stets gegen eine militärische Aktion in Marokko und ein begeisterter Anhänger des französisch-englischen Einvernehmens gewesen. Jaurès blieb bei seiner früheren Ansicht, daß eine Annäherung Frankreichs und Deutschlands für den Frieden von Europa notwendig sei. Redner warf sodann Pichon vor, daß er Abdul Asis hoffen lasse, in Frankreich noch finanzielle Unterstützung zu finden. Eine neue Anleihe würde für Marokko die Besiegelung einer unbegrenzten Bedrückung bedeuten, deren trauriges Werkzeug Frankreich wäre. (Beifall auf der äußersten Linken.) Jaurès machte darauf Pichon über die Art und Weise, wie er die Neutralität beobachte, Vorwürfe. Hier unterbrach Pichon den Redner und sagte: „Sie fangen an, uns einen Roman zu erzählen". Jaurès erwiderte: „Zurzeit der Ermordung Mauchamps zählten Ihr auf Hafid, um die Europäer zu schützen", worauf Pichon erwiderte: „Zweifellos, er war ja Basha von Marrakesch". Jaurès fügte nun noch hinzu, Frankreich würde Abdul Asis nicht unterstützen, denn es werde der Tag kommen, wo dieser, sich auf die Algecirasakte stützend, Frankreich vor Europa anklagen und versuchen werde, seine Macht wieder zu erkämpfen. Angesichts des augenblicklichen Vorgehens Mulay Hafids auf Settat fragte Jaurès, welche Instruktionen dem General d'Amade in diesem Fall erteilt seien. Frankreich fürchte sich nicht vor dem Krieg, es wolle aber den Frieden. Ueberlassen wir die Führung unserer entente cordiale nicht den Unruhestiftern, nicht denjenigen, die den wirtschaftlichen Kampf zwischen Deutschland und England mit Kanonen aufsechten wollen. Pichon erklärte sich mit folgender Tagesordnung des Abgeordneten Dubief einverstanden: Die Kammer beschließt, daß die Algecirasakte eingehalten und die Verteidigung der Rechte und Interessen Frankreichs in Marokko ohne Einmischung in die innere Politik des scherifischen Reiches sichergestellt werde. Ferner billigt die Kammer die Erklärung der Regierung und spricht dieser ihr Vertrauen aus. Sie beschließt, die Absendung einer Glückwunschadresse der Nation an die in Afrika kämpfenden Offiziere und Mannschaften. Die Tagesordnung wurde mit großer Mehrheit angenommen und darauf die Sitzung geschlossen.

Französisch-amerikanisches Handelsabkommen.

Washington, 28. Jan. Staatssekretär Root und der französische Botschafter haben heute ein französisch-amerikanisches Handelsabkommen auf der Gegenseitigkeitsgrundlage unterzeichnet.

Heidelberg, 28. Jan. Prinz Leopold zu Lippe ist heute mittag 12 Uhr im hiesigen Samariterhaus, wohin er sich zur Vornahme einer Operation begeben hatte, verschieden.

Altenessen, 28. Jan. Heute nachmittag fiel ein Schulknabe in die mit Wasser gefüllte Lehmgrube einer Ziegelei und ertrank; zwei 14jährige Schulkameraden, die ihn retten wollten, ertranken ebenfalls.

Täbris, 28. Jan. Die Lage ist immer noch gespannt. Das schwache Gewehrfeuer verrät, daß es den Revolutionären an Munition fehlt. Die Plünderungen nehmen zu; die Kaufleute hat eine Panik ergriffen.

Orotava (Teneriffa), 28. Jan. Unter dem Vorsitz des Gouverneurs der Kanarischen Inseln wurde anläßlich des Geburtstages des deutschen Kaisers gestern eine glänzende internationale Kaiserfeier im hiesigen deutschen Humbold-Kurhause veranstaltet. An den Kaiser wurde ein Glückwunschtelegramm abgesandt.

Geschäftsverkehr.

Die Influenza tritt, wie aus ärztlichen Kreisen verlautet, wieder in erheblicher Ausdehnung auf, was freilich bei den absonderlichen Witterungsverhältnissen der letzten Zeit kaum wundernehmen kann. Besonders wurde beobachtet, daß die Folgeerscheinungen der Influenza, wie schwere Katarrhe des Rachens, der Nase und ihrer Nebenhöhlen, der tieferen Luftwege, ferner Brustfellentzündungen usw. in ungewöhnlicher Menge und Hartnäckigkeit sich einstellten. — Besonders wirksame Heilmittel gegen Influenza-Katarrhe und deren Folgezustände bietet Bad Ems mit seinen warmen Heilquellen und sonstigen Kureinrichtungen. Es ist daher anzunehmen, daß der Zuzug von Kurgästen nach diesem seit Jahrhunderten berühmten Badeort in der kommenden Saison ein größerer sein wird als je zuvor. Die Nachfrage nach Emser Wasser zu Haus-Trinkkuren ist in letzter Zeit eine ganz außergewöhnliche.

Leitung: Otto Sonne.
Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann, für das Feuilleton: Otto Sonne; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinkmann; für Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Fritz Ranz; für den Inseratenteil: Max Kneisebeck. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten —
(einschließlich „Unterhaltungsblatt").

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080129012/fragment/page=0004

Berliner Börse, 28. Jan. 1908

Die Rubrik in Quadratschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1.1./1.7./1.10. 1.1./1.4./1.7./1.10. 1.2./1.8./1.11. 1.3./1.9./1.12. 15.1./15.7. 15.1./15.4./15.7./15.10. 15.2./15.8./15.11. 15.3./15.9./15.12. 1.4./1.10. 1.5./1.11. 1.6./1.12. 1.7./1.1. 1.8./1.2. 1.9./1.3. 1.10./1.4. 1.11./1.5. 1.12./1.6. 1.1./1.7. 1.2./1.8. 1.3./1.9

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse.

Unsicherheit und Unklarheit herrscht zurzeit im gesamten Wirtschaftsleben. In der Reichshauptstadt allein soll es mehr als 30 000 Arbeitslose geben; die Geschäftswelt konstatiert mit Resignation, dass das Publikum mar noch billige Waren kaufen will, was allein schon ein Zeichen schwieriger Erwerbsverhältnisse sei. Auf der andern Seite lauten die Nachrichten aus der Industrie vielfach sehr befriedigend; der Aktienbesitzer erhält fast durchgängig höhere Dividenden als im Vorjahre aus seinen Wertpapieren; ganz besonders in der Textilindustrie; auch in der chemischen Industrie und im Maschinenbau sind die Gewinne im Jahre 1907 fast durchweg ganz erheblich gegen 1906 gestiegen. Bei allen Notenbanken werden Diskonthera besetzungen vorgenommen, ein Zeichen, dass die Geldkrise, die seit Monaten auf dem gesamten Erwerbsleben lastete, heute in der Hauptsache als überwunden gelten kann. Auf der anderen Seite stehen aber wieder die zahlreichen Insolvenzen, die leider auch im Januar nicht nachgelassen haben und von denen ganz besonders die Lederindustrie und der Holzhandel, aber auch eine Anzahl mittlere Warenhäuser und Basare in Berlin, Köln, Danzig usw. betroffen wurde. Der Besserung am Geldmarkte steht weiter die Tatsache gegenüber, dass Staatsanleihen und Hypothekenpfandbriefe heute mit höherem Zinsfuss ausgestattet werden als im Vorjahre, um Abnehmer in genügender Zahl zu finden, dass der Kurs der Staatsanleihen trotz vorübergehender Erholung immer noch im Sinken begriffen ist und dass auch an der Börse keine rechte Unternehmungslust und Festigkeit aufkommen will, wenn auch mehrmals Ansätze dazu gemacht worden sind. Am unklarsten freilich ist die Situation in unseren beiden wichtigsten Industrien, der Eisenindustrie und dem Kohlenbergbau. Kurz nach Beginn des neuen Jahres lauteten die Berichte aus den Hauptzentren dieser Industrien entschieden hoffnungsvoller. Die letzten Monate des Jahres 1907 brachten bereits eine Anzahl von Preisermässigungen, ganz besonders am Eisenmarkte, und da sich vorher allgemein eine ausserordentliche Zurückhaltung der Käufer eingestellt hatte, da jeder nur von der Hand in den Mund seinen Bedarf deckte, hatte sich allmählich doch die Notwendigkeit herausgebildet, wieder Abschlüsse zu tätigen, und zu den herabgesetzten Preisen stellte sich vielfach sogar eine gewisse Unternehmungslust ein. Man wusste freilich nicht, ob man es hierbei mit einer durchgreifenden oder nur kurz vorübergehenden Besserung zu tun hatte. Heute lauten in dieser Hinsicht die Nachrichten wieder minder erfreulich. Man spricht von einer bevorstehenden Einschränkung der Roheisenproduktion, von einer Erhöhung der Fördereinschränkung für Koks durch das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat; ja, man hält es sogar für möglich, dass das Kohlensyndikat seine früheren Beschlüsse umstossen und Preisermässigungen eintreten lassen werde. Auf der andern Seite haben die in einer losen Vereinigung verbundenen westfälischen Feinblechwerke offiziell erklärt, sie seien auf Monate hinaus gut beschäftigt und müssten binnen kurzem Preiserhöhungen vornehmen. Die Oberschlesische Stahlwerksgesellschaft hat vor 8 Tagen bereits ihre Preise erhöht und dabei auf die gute Marktlage hingewiesen; kurzum, die Nachrichten, selbst die offiziellen Nachrichten der Verbände, widersprechen einander ständig, und das einzige, was sich als greifbares Resultat ergibt, ist die Erkenntnis, dass auch die industrielle Lage zurzeit gänzlich verworren und unklar sei. So stehen wir denn ziemlich ratlos vor der Frage, ob unser Wirtschaftsleben eine aufwärts- oder abwärtssteigende Richtung einschlagen wird. Dass der bisher erfolgte Niedergang eine Folge der Geldteuerung war, ist bekannt; wird die nunmehr eingetretene Erleichterung am Geldmarkte imstande sein, einen nachhaltigen Aufschwung herbeizuführen? Zurzeit ist eine sichere Antwort auf diese Fragen unmöglich; es hat vielmehr den Anschein, als ob sich erst allmählich eine deutlich ausgesprochene und allgemein erkennbare Tendenz aus dem herrschenden Chaos entwickeln werde.

Berliner Börse. Bei Schluss der gestrigen Börse notierten: Kredit 202, Diskonto 173, Deutsche Bank 235,25, Berliner Handelsgesellschaft 157,25, Kanada 158,12, Baltimore 87,50, Paketfahrt 117,62, Nordd. Lloyd 105, Russische Anleihe von 1902 81,70, Bochumer Guss 198, Harpener 101,80, Gelsenkirchen 185,75, Phönix 175,30, Dresdner Bank 138,60, Schaaffhausen 135,75, Lombarden 26,50, A. E.-G. 200,99. — Tendenz: Schwächer.

Auf dem Kassamarkt notierten höher: 3proz. Reichsanleihe 0,40, 3proz. Konsols 0,50, Bolle Brauerei 2,50, Lindener Brauerei 1,50, Düsseldorfer Waggon 3, Hallesche Maschinen 1,25, Deutsche Gaslühlicht 2,50, Hotelbetriebs-Ges. 2,50, Schweig Glashütte 5, Planiawerke 2,25, Concordia chem. Fabrik 2, Harburg-Wien Gummi 3, Voigt & Winde Gummi 6 gegen 1. Notiz, Glauzig Zucker 2,25, Arenberg Bergwerk 2. — Dagegen notierten niedriger: 3proz. Reichsanleihe 0,10, Alsen Zement 1,50, Breitenburg Zement 1,50, Wicking Zement 1,50, Aluminium-Ind.-Ges. 1,50, Lapp 3,25, Lübecker Masch. 2, Peniger Masch. 1,50, Rhein. Metall-Vorzugsaktien 2,40, Schubert & Salzer 1,50, Vogtl. Masch. 2, Weser 1,50, Berliner Terrain-Ges. 1,75, Kahla Porzellan 2, Schönwald Porzellan 3,75, Titels Töpferei 1,75, Gladbacher Spinnerei 3,50, Berzelius 1,50, Friedrichssegen 1,60, Geiswelder 2, Gelsenkirchen Gussstahl 1,60, Königsborn 1,75, Meggener Walzwerk 1,75.

Prolongationssätze am 28. Januar: Diskonto-Kommandit 0,30 Rep., Deutsche Bank 0,25 Rep., Dresdner Bank 0,175 Rep., Handelsanteile 0,2625 Rep., Kommandit- und Diskonto-Bank 0,025 Rep., Darmstädter Bank 0,15 Rep., Nationalbank 0,11¼ Rep., Schaaffhausen 0,20 Rep., Oesterreich. Kreditaktien 0,275 Rep., Franzosen 0,2375 Rep., Lombarden 0,20 Dep., Russ. Anleihe von 1880 0,0375 Dep., 4proz. Russ. Konsols 0,0375 Dep., Russische Anleihe von 1902 0,0375 Dep., 4proz. Russische Rente 0,0625 Dep. — Alles mit Courtage.

Zur projektierten Fusion Magdeburger Privatbank und Hamburger Wechslerbank wird dem „L. T." geschrieben: Die Wechslerbank, die seit 1900 recht magere Dividendenerträgnisse lieferte, wird für 1907 eine Dividende (i. V. 4½ Proz.) überhaupt nicht verteilen können, da das Institut an den in 1907 am Hamburger Platze vorgekommenen Fallimenten in mehr als hervorragender Weise beteiligt ist. Der Krebsschaden des Instituts liegt jedoch in seiner Beteiligung an der Portlandzementfabrik Saturn, wegen deren schon für 1905 ein Betrag von 150 000 Mk. auf Delkredorefonds gestellt werden musste, wozu dann für 1906 weitere 50 000 Mk. hinzukamen. In den Kreisen der Hamburger Aktionäre hat man deshalb auch bereits früher die Frage ventiliert, ob es nicht geratener sei, die Bank einfach zu liquidieren, weil sie für den Hamburger Platz im speziellen und für das deutsche Bankwesen im allgemeinen geradezu überflüssig sei. Man sah aber bei Gelegenheit dieser Erörterung von der Einbringung eines diesbezüglichen Antrages noch ab, da die Verhältnisse der Gesellschaft Saturn sich zu bessern schienen. Das jedoch ist nicht von Bestand gewesen, und so wird es den Aktionären der Wechslerbank nur angenehm sein, wenn ihr Institut von der Magdeburger Privatbank, die in den beiden letzten Jahren 6 und 7 Proz. Dividende zu verteilen vermochte, einfach weggesogen wird. Ob die Aktionäre des letztgenannten Instituts bei der Fusion Seide spinnen werden, steht dahin; um das beurteilen zu können, müsste man zunächst die Einzelheiten der Uebernahmebedingungen kennen, von denen bis jetzt nur bekannt ist, dass gegen drei Wechslerbankaktien von zusammen 3600 Mk. zwei Magdeburger Privatbankaktien von zusammen 3000 Mk. ausgefolgt werden sollen.

Die russische Staatsbank ermässigte den Diskont für dreimonatliche Wechsel auf 6½ Proz., für sechsmonatliche auf 7½ Proz. und für neunmonatliche auf 8 Proz.

Deutsch-niederländische Getreidekontrakte. Heute und morgen finden im deutschen Handelstage Verhandlungen statt, an denen die Getreidekontrakte mit Russland und neue Einkaufsverträge mit Amerika und Argentinien zur Beratung gelangen. **Die Beteiligung an diesen Sitzungen wird ausserordentlich lebhaft sein, da nicht nur viele unserer inländischen Handelsvertretungen Delegierte gesandt haben, sondern auch das Ausland, und zwar besonders Russland mit einer grossen Zahl von Abgesandten der Börsenplätze des Südens und des Nordens beteiligt ist. Auch die russische Regierung ist durch hervorragende Mitglieder des Handelsministeriums vertreten. Gestern vormittag haben die russischen Delegierten beim Berliner Handelsvertreter Russlands, Staatsrat v. Müller, eine Vorbesprechung gehabt. Bezüglich der russischen Getreidekontrakte dürfte es harte Kämpfe geben. Bemerkenswert ist, dass sich für die Schaffung eines deutsch-argentinischen Getreidekontraktes auch grössere Exportfirmen Argentiniens interessieren sollen.**

Aus der Kalilndustrie. An der gestrigen Berliner Börse verlautete gerüchtweise, dass der Konzern der Südharzwerke, dem bekanntlich die Deutschen Kaliwerke Akt.-Ges., die als Führer des Konzerns anzusehen sind, zu einer Erhöhung des Aktienkapitals schreiten. Die Vermutung einer Kapitalserhöhung des Südharzkonzerns gründete sich darauf, dass die ihm nahestehenden Finanzkreise, welche anlässlich des Fusionsprojektes Beienrode-Hattorf ihren Besitz an Hattorf-Aktien sehr verstärkt hatten, diesen auf die von ihnen begründeten Werke übertragen wollen. — Wie aus Grosshandelskreisen mitgeteilt wird, entwickelt sich das Geschäft in Kalisalzen weiter günstig. Auch die Abladungen gehen prompt von statten.

Gewerkschaft „Carlsfund" in Magdeburg. Die Einnahmen für verkaufte Bergwerksprodukte und Fabrikerzeugnisse sowie für Zinsen und Mieten stellen sich im vierten Vierteljahr 1907 auf 590 406 Mk., dagegen belaufen sich die Ausgaben für Bergwerks- und Fabrikbetriebskosten, Abgaben an Grundbesitzer und Gemeinden, Knappschaftsgefälle und allgemeine Unkosten, unter Einschluss der Rückstellung für Syndikatsspesen und Provisionen, auf 369 773 Mk., so dass sich ein Ueberschuss ergibt von 220 633 Mark. Der Wert der Warenvorräte, zu Gestehungskosten gerechnet, betrug am 31. Dezember 1907 300 145 Mk. und am 30. September 1907 234 342 (+ 65 803) Mk. Von den sich ergebenden 286 436 Mk. sind noch zurückzustellen die Anleihezinsen für 3 Monate in Höhe von 27 325 Mk. Es verbleibt somit ein Nettoüberschuss von 259 111 (250 718) Mk. Der Betriebsgewinn stellt sich demnach im Jahre 1907 auf 926 619 (1 083 163) Mark.

Gothaer Feuerversicherungsbank auf Gegenseitigkeit. Laut Gewinn- und Verlustkonto für 1907 betrugen die Prämieneinnahmen der Gesellschaft abzüglich der Ristorni 21 576 562 (21 033 000) Mk. Aus Zinsen und Mieten wurden 1 122 126 (1 088 000) Mk. vereinnahmt. Schäden erforderten 2 596 819 (2 053 000) Mk., zurückgestellt wurden für angemeldete, aber noch nicht bezahlte Schäden 519 000 (538 000) Mk. Die Rückversicherungsprämien betrugen 604 678 (484 000) Mk. An Provisionen waren 2 029 147 (1 930 000) Mk. zu zahlen. Verwaltungskosten erforderten 549 060 (520 000) Mk. Der Reinüberschuss beträgt 15 799 312 (16 300 000) Mk. Hieraus sollen, wie bereits mitgeteilt, 73 (75) Proz. der Prämie an die Versicherten ausgezahlt werden, das erfordert 15 685 313 (15 990 000) Mk. Dem Ruhegehaltsfonds der Beamten werden 25 000 (150 000) Mk., dem Witwen- und Waisenfonds ebenfalls 25 000 (50 000) Mk. zugeführt. Auf neue Rechnung werden 63 999 (109 000) Mk., vorgetragen. Die Anlagen des Instituts bestehen laut Bilanz aus 11 527 750 (12 153 000) Mk. Hypotheken und Grundschulden, 10 595 200 (10 757 000) Mk. Wertpapieren und 4 415 536 (3 761 000) Mark Darlehen an Gemeinden und sonstige juristische Personen. Weiter erscheinen unter den Aktiven der Bilanz 206 596 (148 000) Mark Aussenstände bei Generalagenten, 1 273 897 (1 228 000) Mk. Guthaben bei Banken, 82 490 (108 000) Mk. Kassa und 330 000 Mk. (wie i. V.) hypothekenfreier Grundbesitz. Die Prämienüberträge sind von 11 557 000 Mk. auf 11 891 256 Mk. erhöht, die Schadenreserven von 540 000 Mk. auf 520 000 Mk. ermässigt worden.

Hamburg-Amerika-Linie. Betreffs der neuen Anleihe, die seitens der Gesellschaft aufgenommen werden soll, hatte verlautet, dass sie ausser zur Zahlung der fällig werdenden Bauraten für neue Dampfer auch zur Aufbringung der Mittel für die Auszahlung der Dividende dienen soll. Hierzu wird von authentischer Seite folgendes mitgeteilt: Die Frage der Aufnahme einer Anleihe wird erst die ordentliche Generalversammlung, welche in den letzten Tagen des März stattfindet, beschäftigen. Da nun die Auszahlung der Dividende bereits am Tage nach der ordentlichen Generalversammlung beginnt, während natürlich mehrere Wochen vergehen werden, bis die Mittel aus einer von dieser Generalversammlung etwa zu genehmigenden Anleihe der Gesellschaft zufliessen, so ist es klar, dass letztere nicht zur Auszahlung der Dividende dienen kann.

Londoner Wollauktion. Am Montag war das Geschäft lebhaft; die Preise waren voll behauptet.

Londoner Rauchwarenauktion. In der Auktion der Hudson Bay Company waren Biber 5 Proz. billiger als im Vorjahre, Bisam 25 Proz. höher als im Januar 1907 und gleich wie die Junpreise. In der Auktion von C. M. Lampson & Co. waren Luchse 20 Proz. höher, alles andere unverändert.

Die Türkische Tabakregie-Gesellschaft verteilt im März wieder 12 Fr. Interimsdividende. Die im Oktober zahlbare Restdividende wird aber mit 24 (22) Fr. erwartet.

Handels-Depeschen.

Stockholm, 28. Jan. (Priv.-Tel.) Die Reichsbank setzt ab 29. Januar den Diskont von 7 à 7½ Proz. auf 6½ à 7 Proz., den Lombardzinsfuss von 7 à 8 Proz. auf 6½ à 7½ Proz. herab.

Kopenhagen, 28. Jan. (Priv.-Tel.) Die Nationalbank setzt von morgen ab den Diskont von 7 à 7½ Proz. auf 6½ à 7 Proz. herab.

Bericht über den Markt für Bergwerksanteile (Ruxe).

Von Samuel Zielenziger, Bankgeschäft Berlin, Essen-Ruhr.

Die Tendenz auf dem Kohlenkuxenmarkt muss als schwach bezeichnet werden, wobei wiederum hervorzuheben ist, dass der Umsatz nur geringfügig war. Besonders schwere Werte sind stärker in Mitleidenschaft gezogen, allerdings ohne dass erhebliches Angebot auftrat. Doch finden auch die wenigen an den Markt gelangenden Stücke bei dem vorherrschenden Mangel an Kauflust trotz der gewichenen Kurse kaum Unterkunft.

Der Markt für Braunkohlenwerte zeigte bei wenig veränderten Kursen ziemlich feste Grundtendenz. Nur Bruckdorf-Nietleben, von denen einige Stücke an den Markt gelangten, waren um 300 Mk. rückgängig. Dagegen war für Brühl einige Nachfrage vorhanden, wodurch der Kurs um 200 Mk. gehoben wurde. Auch Hamburg und Humboldt waren beachtet und eine Kleinigkeit gebessert.

Die zuversichtliche Stimmung des Kalimarktes, welche in der Vorwoche in verschiedenen nicht unerheblichen Kursavancen zum Ausdruck kam, konnte sich auf die in Bericht stehende Woche nicht übertragen, vielmehr zeigte der Markt in Ermangelung irgend welcher Anregung eine eher lustlose Haltung. Für Ausbeutepapiere zeigte sich wenig Interesse. Kaufneigung bestand lediglich für Burbach, so dass Papiere seine anfängliche Kurseinbusse von ca. 300 Mk. wieder einholen konnte. Eine weitere Abschwächung erlitten hingegen Beienrode um ca. 200 Mk. und zeigte sich erst bei diesem ermässigten Kurse Nachfrage. Für fast alle anderen Ausbeutewerte bestand weder Nachfrage noch machte sich Angebot bemerkbar, so dass das Kursniveau keinerlei Veränderung aufzuweisen hat. Von mittleren und kleineren Werten interessierten Günthershall plus 50 Mk., Hansa plus 50 Mk., Immenrode plus 100 Mk. und Siegfried I plus 50 Mk. Kaufinteresse bestand ferner für Hohenzollern, welche ca. 150 Mk. im Kurse anzogen, sowie für Desdemona. Kursrückgänge weisen hingegen auf Deutschland minus 100 Mk., Johannashall minus 100 Mk., Sachsen-Weimar minus 75 Mk. und Schieferkaute bei Berücksichtigung der inzwischen fällig gewordenen Zubusse minus 75 Mk. Für Heldrungen und Rothenburg, welche anfänglich eine Kurseinbusse von ca. 50 Mk. resp. 75 Mk. erlitten haben, zeigte sich schliesslich wieder zu gebesserten Preisen Kaufneigung. Der Aktienmarkt war auch in dieser Woche gut behauptet. Höher notierten Deutsche Kali plus 2 Proz., Hannoversche Kali plus 4 Proz., Ronnenberg plus 3 Proz. Nachfrage bestand ferner für Teutonia, Salzdetfurth und Heldburg. Hingegen waren Siegmundshall ca. 5 Proz. und Justus ca. 2 Proz. billiger erhältlich. Hattorf, welche auf die ablehnende Haltung seitens der Gewerkschaft Beienrode ca. 4 Proz. einbüssten, erholten sich auf Käufe von interessierter Seite um ca. 3 Proz.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 28. Jan. Am Frühmarkt notierten Weizen inl. 216—220,00. Roggen inl. 205—206,00. Hafer, märkischer mecklenburg., pommerscher, preuss., posenscher u. schlesischer fein 177—190, mittel 166—176, gering 164—167, russischer mittel u. gering —,—. Mais, runder 159,00—167,00. Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 160—170, gute 171—180, russische und Donau leichte 155 bis 158. Erbsen inländ. und ausländischer Futterware 186—194, kleine —,—. Weizenmehl 00 28,50—31,25. Roggenmehl 0 und 1 26,70—28,30. Weizenkleie 12,75—13,50. Roggenkleie 13,25—13,75. (Alles frei Bahn)

Magdeburg, 28. Januar. Für 1000 kg netto ab Station. Weizen stetig, englischer gut 200—212, mittel —,—. Sommer gut 209—212, mittel —,—, Kolben Sommer gut 222—226, mittel —,—. Rauh gut —,—, mittel —,—, ausländischer gut 238—245, mittel —,—.

Roggen unver., inländischer gut 202—207, mittel —,—, ausländischer gut —,—, mittel —,—.

Gerste ruhig, hiesige Cheval. gut 184—192, mittel —,—, Land gut 175—184, mittel —,—, ausl. Futter gut 156—159, mittel —,—.

Hafer still, inländischer gut 165—167, mittel 145—155 ausländischer gut —,—, mittel —,—, Wand gut —,—, mittel —,—.

Mais unver., runder gut 160—163, mittel —,—, bunter amerikanischer gut —,—, mittel —,—.

Erbsen, hiesige Viktoria gut —,—, mittel —,—, grüne Folger gut —,—, mittel —,—.

Hamburg, 28. Jan. Weizen stetig, Mecklenburger und Ost-Holsteiner 210—224. Roggen fest, Mecklenburger und Altmärker 192—206, russ. cif. 9 Pud. 10/15 165,50. Gerste ruhig, südruss. cif. 134,00. Hafer stetig, Holsteiner und Mecklenburger 174—180. Mais stetig, America mixed cif. 121,00. La Plata cif. 122,00.

Pest, 28. Jan. Weizen ruhig, per April 12,24 Gd., 12,25 Br., per Oktober 10,52 Gd., 10,58 Br. Roggen per April 10,20 Gd., 10,21 Br., per Oktober 9,04 Gd., 9,05 Br. Hafer per April 8,08 Gd., 8,09 Br., per Oktober —,— Gd., —,— Br. Mais per Mai 6,89 Gd., 6,90 Br. Raps per August 16,40 Gd. 16,50 Br.

Zucker.

Hamburg, 28. Jan. Rübenrohzucker, 1. Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Januar	19,95	19,95	19,95 Mk.
„ März	20,05	20,10	20,20 „
„ Mai	20,35	20,40	20,50 „
„ August	20,65	20,75	20,85 „
„ Oktober	19,55	19,55	19,60 „
„ Dezember	19,55	19,50	19,55 „
	behauptet	stetig	stetig

Kaffee.

Hamburg, 28. Jan. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per März	33¼ Gd.	33¼ Gd.	33¼ Gd.
„ Mai	33¾ Gd.	33¾ Gd.	33¾ Gd.
„ September	34 Gd.	34 Gd.	34 Gd.
„ Dezember	34¼ Gd.	34¼ Gd.	34¼ Gd.
	träge	ruhig	ruhig

Bremen, 28. Jan. Kaffee behauptet.

Havre, 28. Jan. Kaffee good average Santos per März 43¼, per Mai 43¼, per Sept 43¼, per Dez. 43¼. Ruhig.

Petroleum.

Hamburg, 28. Jan. Petroleum fest Standard white loko 7,55

Spiritus.

Nordhausen, 28. Jan. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—106 l) 66,50—67,50 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 74,75—75,25 M. per loko-Lieferung ohne Fass ab Brennerei.

Hamburg, 28. Jan. Spiritus fest, per Jan. 32½ Gd., per Jan.-Febr. 32½ Gd., per Febr.-März 32½ Gd.

Oele. Oelsaaten. Fettwaren.

Bremen, 28. Jan. Schmalz fest. Loko, Tubs und Firkin 42, Doppeleimer 42½.

Köln, 28. Jan. Rüböl loko 76,00, per Mai 72,50.

Hamburg, 28. Jan. Rüböl ruhig, verzollt 74,00.

Kartoffelmehl und Stärke.

Berlin, 28. Jan Kartoffelmehl und -Stärke 24,25—24,75. Feuchte Stärke 14,40.

Magdeburg, 28 Januar. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 25,50—25,75.

Wolle.

Bremen, 28 Jan. Baumwolle ruhig. Upl. loko middl. 61¾ Pfg.

Metalle.

London, 28. Jan. Chili-Kupfer stetig 61¾, 3 Monat 62½. Zinn Straits stetig 122½, 3 Monat 123½. Blei spanisch, stetig 14½, englisch 15. Zink, gewöhnliche Marke, stetig, 21, spez. Marke 21½.

Glasgow, 28 Jan. (Mittag.) Roheisen flau, Middlesbrough, warrants 47/7½

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	28. 1.	27. 1.	Chicago.	28. 1	27. 1.
Weizen p. Jan.	106¾	105¾	Weizen p. Mai	101½	100¾
„ „ Mai	109¾	108¾	„ „ Juli	97⅞	97⅛
Mais p. Mai	70½	70½	Mais p. Mai	61	61⅛
„ „ Juli	68⅞	68¾	„ „ Juli	59⅜	59⅛
Mehl Spring clears	4,60	4,60	Hafer p. Mai	53⅛	53⅛
Kaffee Fair Rio Nr. 7	6½	6½	„ „ Juli	46⅛	46⅛
„ p Jan.	6,00	5,90	Roggen p. Mai	85½	85½
„ „ März	6,05	6,10	Schmalz „ Jan.	7,60	7,75
Petroleum in Cases	10,90	10,90	„ „ Mai	7,80	8,00
do. in New York	8,75	8,75			
do. in Philadelphia	8,70	8,70			

Tendenz: Weizen stetig, Mais kaum behauptet.

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Alternbrückenpeg.	27. Jan.	+ 48	28. Jan.	+0,4	—	—
Nebra, Op.	„	„ +2,1	„	„ +2, 2	—	6
„ Up.	„	„ +1,42	„	„ +1,72	—	10
Weissenfels, Op.	„	„ +2,42	„	„ +2,42	—	—
„ Up.	„	„ + ,1	„	„ +0,14	—	2
Trotha	„	„ +1,85	„	„ +1,85	6	—
Alsleben, Op.	„	„ +2,4	„	„ +2,20	20	—
„ Up.	„	„ +1,35	„	„ +1,44	—	6
Bernburg	„	„ +1,0	„	„ +1,0	—	—
Kalbe, Op.	„	„ +1,4	„	„ +1,5	—	2
Up.	„	„ +0,56	„	„ +0,64	—	6

Moldau Iser. Eger. Elbe.	Jan.	Fall	Wuchs		Jan.	Fall	Wuchs
Budweis	27. —0,12	—	1	Torgau	26. +0,5	2	—
Prag	„ +0,12	—	34	Wittenberg	„ +1,6	—	1
Jungbunzl.	„ —0,08	2	—	Rosslau	„ +1,03	2	—
Laun	„ —0,18	—	4	Barby	„ +1,25	5	—
Pardubitz	„ +0,02	—	2	Magdeburg	„ +1,79	11	—
Brandeis	„ +0,24	6	—	Tangermde	„ +1,87	7	—
Melnik	„ —0,46	22	—	Wittenbge.	„ +1,82	—	1
Leitmeritz	28. —0,31	4	—	Dömitz. Pg.	27. +1,12	—	4
Aussig	„ +1,36	1	—	Hohnstort	28. +1,52	—	5
Dresden	„ —1,00	—	46	Lauenburg	„ +1,34	—	—

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080129012/fragment/page=0006